

**APPIA II Global Infrastructure Portfolio Feeder SCA SICAV-RAIF**

*Société en commandite par actions*

*sous la forme d'une société d'investissement à capital variable –*

*fonds d'investissement alternatif réservé*

Gesellschaftssitz: 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxembourg

**GESELLSCHAFTSGRÜNDUNG**

**vom 14. Dezember 2016**

**Me E. DELOSCH**

**No 4081**

Le présent dépôt remplace celui du 23 décembre 2016, numéro dépôt initial : L160251668

Im Jahr zweitausendsechzehn, am vierzehnten Tag des Monats Dezember.

Vor uns, Maître Edouard DELOSCH, Notar mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg,

**SIND ERSCHIENEN:**

**APPIA General Partner S.à r.l.**, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) gegründet und bestehend nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg, eingetragen im Luxemburger Handels- und Gesellschaftsregister unter der Nummer B 163.193, mit Sitz in 6C, route de Trèves, L-2633 Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg,

hier vertreten durch **Jennyfer Nündel**, geschäftsansässig in Luxemburg, gemäß einer Vollmacht ausgestellt unter Privatschrift.

**SOLUTIO AG Anlagekonzepte für Institutionen**, eine deutsche Aktiengesellschaft, eingetragen beim Amtsgericht München unter der Nummer HRB 124355, mit Sitz in Nördliche Münchner Straße 9c, 82031 Grünwald, Deutschland,

hier vertreten durch **Jennyfer Nündel**, geschäftsansässig in Luxemburg, gemäß einer Vollmacht ausgestellt unter Privatschrift.

Besagte Vollmachten, welche von [der/dem] Bevollmächtigten der erschienenen Parteien und dem Notar *ne varietur* paraphiert wurden, werden der vorliegenden Urkunde beigelegt, um mit ihr zusammen bei den Registrierungsbehörden hinterlegt zu werden.

Die erschienenen Parteien haben den amtierenden Notar ersucht, die Gründung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (*société en*

*commandite par actions*) zu beurkunden, welche sie mit der folgenden Satzung gründen wollen:

## **§ 1**

### **Errichtung, Beginn, Name**

#### **(1) Errichtung**

Hiermit wird von dem General Partner, dem Gründungsaktionär und all denjenigen, die zukünftig Inhaber der hiernach zu begebenden Aktien werden, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, eine Investmentgesellschaft mit variablem Kapital in Form eines reservierten alternativen Investmentfonds (nachfolgend die „**Gesellschaft**“) gegründet.

#### **(2) Beginn**

Die Gesellschaft hat mit ihrer Gründung am 14. Dezember 2016 begonnen.

#### **(3) Name**

Der Name der Gesellschaft lautet:

**APPIA II Global Infrastructure Portfolio Feeder SCA SICAV-RAIF**

## **§ 2**

### **Zweck der Gesellschaft**

Der Zweck der Gesellschaft besteht ausschließlich im Erwerb, Halten und Verwalten von Gesellschaftsanteilen an der APPIA II Global Infrastructure Portfolio SCSp, einer Spezial-Kommanditgesellschaft (*société en commandite spéciale*) nach luxemburgischem Recht („**APPIA Master SCSp**“), und möglicher Annexfonds und/oder Annex-Liquidationsfonds in eigenem Namen und auf eigene Rechnung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft kann im weitesten Sinn und entsprechend dem RAIF Gesetz jegliche Maßnahme ergreifen und Transaktionen ausführen, welche sie für die Erfüllung und Ausführung dieses Gesellschaftszweckes als nützlich erachtet.

## **§ 3**

### **Geschäftsjahr, Sitz, Währung**

#### **(1) Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr.

#### **(2) Sitz**

Der Gesellschaftssitz befindet sich in 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg. Der Gesellschaftssitz kann innerhalb des Großherzogtums Luxemburg aufgrund eines Beschlusses des General Partners der Gesellschaft (der „**General Partner**“) verlegt werden. Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften und andere Büros

können sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland aufgrund einer Entscheidung des General Partners errichtet werden.

Sollten nach Ansicht des General Partners außergewöhnliche politische und/oder militärische Ereignisse vorliegen oder bevorstehen, welche die normale Geschäftstätigkeit der Gesellschaft an ihrem Sitz oder die ungestörte Kommunikation zwischen diesem Sitz und dem Ausland beeinträchtigen, so kann der Sitz bis zur vollständigen Behebung dieser ungewöhnlichen Umstände zeitweilig ins Ausland verlegt werden; diese provisorische Maßnahme hat jedoch keine Auswirkung auf die Nationalität der Gesellschaft, welche ungeachtet einer solchen zeitweiligen Sitzverlegung eine luxemburgische Gesellschaft bleibt.

Eine Sitzverlegung ist den Aktionären umgehend schriftlich mitzuteilen.

### **(3) Währung**

Die Gesellschaft wird in Euro geführt.

## **§ 4**

### **Gesellschaftskapital, Aktien, Beitritt**

#### **(1) Gesellschaftskapital**

Das Gesellschaftskapital wird durch Aktien vertreten und entspricht, zu jeder Zeit dem gesamten Nettovermögen der Gesellschaft. Im Einklang mit Artikel 25 des RAIF Gesetzes darf das gezeichnete Kapital der Gesellschaft, einschließlich der Ausgabeprämien, sofern vorhanden, nicht niedriger als eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro (EUR 1.250.000,-) sein. Dieses Minimum muss innerhalb einer Frist von zwölf (12) Monaten ab der Gründung der Gesellschaft erreicht werden.

Das Gründungskapital beträgt dreißigtausend Euro (EUR 30.000,-) und ist in dreißig (30) Aktien ohne Nennwert eingeteilt, die vollständig eingezahlt wurden. Das Kapital der Gesellschaft wird wie folgt vertreten:

- (a) **„Komplementäraktie“:** Eine (1) Komplementäraktie, die vom General Partner gezeichnet wurde, der unbegrenzt für die Gesellschaft haftet (*associé gérant commandité*);
- (b) **„Kommanditaktien“:** Sämtliche Aktien außer der Komplementäraktie, die von den Aktionären der Gesellschaft (*associés commanditaires*) gezeichnet wurden oder werden (die **„Aktionäre“**). Die ersten neunundzwanzig (29) Kommanditaktien wurden von dem Gründungsaktionär gezeichnet. Der Gründungsaktionär soll nach Beitritt weiterer Aktionäre aus der Gesellschaft Zug um Zug gegen Auszahlung seiner Kapitaleinlage ausscheiden. Die Kommanditaktien des Gründungsaktionärs werden gelöscht.

Die Komplementäraktie und die Kommanditaktien werden zusammen als die **„Aktien“** bezeichnet, sofern nicht etwas anderes in dieser Satzung vorgesehen ist.

## **(2) Aktien und Aktienklassen**

Die Aktien der Gesellschaft sollen als Namensaktien und in verschiedenen Aktienklassen, die unterschiedliche Merkmale haben können, wie z.B. eine spezifische Ausschüttungs- oder Thesaurierungspolitik, eine spezifische Gebührenstruktur oder andere spezifische Merkmale, wie jeweils vom General Partner bestimmt und gegebenenfalls im Emissionsdokument beschrieben, ausgegeben werden. Sämtliche Aktien derselben Klasse haben dieselben Rechte. Zu Beginn hat die Gesellschaft zwei (2) Aktienklassen, eine Aktienklasse, die die Komplementäraktie widerspiegelt, und eine Aktienklasse für die Kommanditaktien.

Alle Aktien werden in das Aktienregister eingetragen, das von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren juristischen Person(en), die von der Gesellschaft hierzu bestimmt wird/werden, geführt wird. Das Register enthält den Namen jedes Aktionärs, seinen/ihren Wohn- oder gewählten Geschäftssitz, der der Gesellschaft mitgeteilt wurde, die Anzahl der vom jeweiligen Aktionär gehaltenen Aktien sowie den Betrag, der für jede Aktie gezahlt wurde, als auch die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen des Gesetzes von 1915. Die namentliche Eintragung eines Aktionärs in das Register beweist das Eigentumsrecht des Aktionärs an den Aktien. Der Aktionär erhält auf Anfrage eine schriftliche Bestätigung über seine Beteiligung (*certificat d'inscription nominative*).

Aktionäre haben der Gesellschaft mitzuteilen, an welche Adresse sämtliche Mitteilungen und Bekanntmachungen geschickt werden sollen. Falls ein Aktionär der Gesellschaft keine Adresse mitteilt, kann die Gesellschaft veranlassen, dass ein entsprechender Vermerk in das Register eingetragen wird. In diesem Fall wird der Sitz der Gesellschaft oder jede andere Adresse, die von der Gesellschaft von Zeit zu Zeit bestimmt wird, als Adresse des Aktionärs angesehen, solange bis der Aktionär der Gesellschaft eine andere Adresse mitteilt. Ein Aktionär kann die für ihn im Register eingetragene Adresse jederzeit ändern lassen, indem er der Gesellschaft eine entsprechende schriftliche Mitteilung an ihren Gesellschaftssitz oder eine andere, von der Gesellschaft von Zeit zu Zeit bestimmte Adresse schickt.

Die Gesellschaft erkennt nur einen Aktionär pro Aktie an. Sofern ein oder mehrere Aktie(n) in Miteigentum stehen oder die Eigentumsrechte streitig sind, haben sämtliche Personen, die behaupten ein Recht an der/den Aktie(n) zu besitzen, gemeinsam einen Vertreter zu bestimmen, der diese Aktie(n) gegenüber der Gesellschaft vertritt. Die Unterlassung der Bestellung eines gemeinsamen Vertreters führt zur Aussetzung sämtlicher Rechte, die im Zusammenhang mit dieser/diesen Aktie(n) stehen.

Bruchteile von Aktien können bis zur sechsten (6.) Dezimalstelle ausgegeben werden. Solche Bruchteile von Aktien verleihen den

Aktionären kein Stimmrecht. Die Aktionäre sind aber berechtigt, am Nettovermögen der jeweiligen Aktienklasse *pro rata* teilzuhaben.

### **(3) Beitritt der Aktionäre, Zeichnungsschluss**

Die Zeichnung von Aktien ist sowohl für Bestehende als auch für potentielle Aktionäre grundsätzlich in einer bestimmten Zeichnungsperiode möglich, die mit dem Ersten Zeichnungsschluss beginnt und mit dem Letzten Zeichnungsschluss endet. Der Beitritt der Aktionäre vollzieht sich wie folgt:

- (a) Der General Partner ist ohne Beschränkung ermächtigt, jederzeit weitere volleingezahlte Aktien auszugeben. Dabei braucht er den bestehenden Aktionären kein Zeichnungsvorrecht für die auszugebenden Aktien einzuräumen. Der General Partner kann Inhaberbeschränkungen für die Aktien festlegen. Zudem kann die Gesellschaft, nach freiem Ermessen, Zeichnungsanträge für Aktien ganz oder teilweise zurückweisen und ohne das Erfordernis der Zustimmung der übrigen Gesellschafter Aktionäre in die Gesellschaft im Namen der Gesellschaft aufnehmen.
- (b) Jeder Beitrittswillige unterzeichnet die Zeichnungsvereinbarung, die u.a. den Betrag seiner Kapitalzusage enthält und in der der Beitrittswillige seinen Beitritt zur Gesellschaft gemäß den Bestimmungen der Zeichnungsvereinbarung, des Emissionsdokuments und dieser Satzung anbietet. Beitrittswillige müssen die Voraussetzungen für einen sachkundigen Anleger im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 des RAIF Gesetzes erfüllen und dürfen keine Privatanleger sein. In Deutschland ansässige Personen müssen die Voraussetzungen für einen Professionellen oder Semi-Professionellen Anleger erfüllen.
- (c) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person ist nach eigenem Ermessen berechtigt, Kapitalzusagen nur anteilig anzunehmen oder Zeichnungsvereinbarungen zurückzuweisen. Mit der Annahme der Zeichnungsvereinbarung durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person ist der Beitrittswillige verpflichtet, Zahlungen gemäß § 5 auf die vom General Partner oder von einer von ihm ermächtigten Person angenommene Kapitalzusage zu leisten.
- (d) Aktionäre können bis zum Letzten Zeichnungsschluss aufgenommen werden.
- (e) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person ist nach eigenem Ermessen berechtigt, Zeichnungsvereinbarungen mit Aktionären bis zum Ablauf von drei (3) Monaten nach dem Letzten Zeichnungsschluss abzuschließen, wenn die Verhandlungen über den Abschluss der Zeichnungsvereinbarung vor dem Letzten Zeichnungsschluss begonnen haben. Vorbehaltlich abweichender Regelungen in dieser Satzung werden

die betreffenden Aktionäre und ihre Kapitalzusagen für Zwecke dieser Satzung so behandelt, als wären ihre Zeichnungsvereinbarungen zum Letzten Zeichnungsschluss angenommen worden.

**(4) Side Letter**

- (a) Unbeschadet der Bestimmungen dieser Satzung oder des Emissionsdokuments ist es der Gesellschaft sowie den Verbundunternehmen gestattet, ohne vorherige Zustimmung eines Gesellschafters vertragliche Nebenabreden oder vergleichbare Absprachen zur Satzung, zum Emissionsdokument, zur Zeichnungsvereinbarung oder zu sonstigen Aspekten mit einem oder mehreren Aktionären („**Side Letter**“) einzugehen, die zur Folge haben, dass einzelne Bestimmungen dieser Dokumente im Verhältnis zu diesen Aktionären geändert oder ergänzt werden können bzw. Abreden in Ausführung vertraglicher Bestimmungen getroffen werden können.
- (b) Die Gesellschafter erklären ihr Einverständnis, dass alle abweichenden Bestimmungen eines derartigen Side Letters in der Rechtsbeziehung zu den betroffenen Aktionären den Bestimmungen dieser Satzung, dem Emissionsdokument und der Zeichnungsvereinbarung vorgehen.
- (c) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person hat abgeschlossene Side Letter nach dem Letzten Zeichnungsschluss den Aktionären offenzulegen. Wenn und soweit in einem Side Letter günstigere Konditionen als diejenigen gemäß dieser Satzung, dem Emissionsdokument oder der Zeichnungsvereinbarung vereinbart worden sind, hat jeder Aktionär, dessen Kapitalzusage in ihrem Betrag mindestens dem Betrag der Kapitalzusage desjenigen Aktionärs entspricht, mit dem der betreffende Side Letter abgeschlossen wurde, das Recht, innerhalb von zwei (2) Monaten nach Offenlegung des betreffenden Side Letters die Anwendung der günstigeren Konditionen des Side Letters auf sein Gesellschaftsverhältnis zu verlangen; davon ausgenommen sind solche Vereinbarungen und Konditionen, die (i) den speziellen steuerlichen, aufsichtsrechtlichen oder sonstigen rechtlichen Status des Adressaten des Side Letters berücksichtigen, (ii) Ausnahmen von der Vertraulichkeitsverpflichtung gemäß dieser Satzung bzw. des Emissionsdokuments betreffen, (iii) ein Recht zu Verfügungen über den Gesellschaftsanteil begründen bzw. eine entsprechende Verfügung erleichtern sowie (iv) spezielle Berichts- oder Mitteilungspflichten gegenüber einem Gesellschafter betreffen. Die vorstehenden Regelungen gelten analog für Side Letter, die mit Investoren der APPIA Master SCS<sub>Sp</sub> abgeschlossen werden, wenn und soweit eine Übertragung auf den berechtigten Aktionär rechtlich und tatsächlich möglich ist.

#### **(5) Änderung persönlicher Daten/ des Status des Aktionärs**

- (a) Jeder Aktionär hat Änderungen seiner bei der Gesellschaft festgehaltenen persönlichen und steuerlichen Angaben dem General Partner unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Im Verhältnis der Gesellschaft zu den Gesellschaftern gelten die mitgeteilten Angaben als maßgebend.
- (b) Jeder Aktionär hat dem General Partner eine etwaige Änderung seines relevanten Status als (i) sachkundiger Anleger, (ii) Semi-Professioneller bzw. Professioneller Anleger oder (iii) andere personenbezogene Änderungen seines Status, über den der Aktionär Erklärungen in der Zeichnungsvereinbarung abgegeben hat, unverzüglich mitzuteilen.

#### **(6) Faire Behandlung**

Der General Partner stellt sicher, dass der AIFM Vorschriften anwenden wird, die eine faire Behandlung der Gesellschafter gewährleisten, und dass er, wann immer ein Gesellschafter eine Vorzugsbehandlung oder einen Anspruch auf eine solche Behandlung erhält, den Gesellschaftern eine Erläuterung dieser Behandlung, der Art der Gesellschafter, die eine solche Vorzugsbehandlung erhalten, sowie gegebenenfalls der rechtlichen oder wirtschaftlichen Verbindungen zwischen diesen Gesellschaftern und der Gesellschaft oder dem AIFM zur Verfügung stellt.

### **§ 5**

#### **Kapitaleinzahlungen, Kapitalabrufe**

##### **(1) Kapitaleinzahlungen**

- (a) Die Aktionäre leisten auf ihre Kapitalzusagen Zahlungen in Raten auf Kapitalabruf durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person und erhalten im Gegenzug eine entsprechende Anzahl von Aktien. Kapitalabrufe richten sich nach dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Kapitalzusage gegenüber der APPIA Master SCSp und zur Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft. Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person wird Kapitaleinzahlungen von den Aktionären stets zur gleichen Zeit und anteilig im Verhältnis ihrer Kapitalzusagen abrufen, soweit sich nichts anderes aus § 6(3)(a) für die Kapitaleinzahlung eines Säumigen Aktionärs ergibt. „**Kapitalabruf**“ ist die in Textform (einschließlich E-Mail oder anderer elektronischer Textform) zu fassende Aufforderung durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person an die Aktionäre (i) Einzahlungen in Euro auf ihre Kapitalzusagen vorzunehmen oder (ii) Auszahlungen zurückzuzahlen gemäß dieser Satzung, in beiden Fällen mit einer Abruffrist von mindestens fünf (5) Geschäftstagen. Gemäß § 6(1) liegt bei einer Kapitalabruffrist von weniger als zehn (10)

Geschäftstagen Verzug erst vor und der Aktionär wird erst zu einem Säumigen Aktionär, wenn der Aktionär die Kapitaleinzahlung nach Ablauf von zehn (10) Geschäftstagen nach Absendung des Kapitalabrufs nicht geleistet hat.

- (b) Bis zum Letzten Zeichnungsschluss können Aktien zum Erstausgabepreis von EUR 1.000 pro Aktie ausgegeben werden. Nach dem Letzten Zeichnungsschluss werden die Aktien zum jeweils letzten verfügbaren Nettoinventarwert pro Aktie ausgegeben. Der General Partner kann im eigenen Ermessen entscheiden, dass bereits vor den Letzten Zeichnungsschluss Aktien zum jeweils letzten verfügbaren Nettoinventarwert ausgegeben werden.
- (c) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person ist berechtigt, an die Aktionäre solche Beträge zurückzuzahlen, die er zuvor von diesen mittels Kapitalabruf zur Erfüllung der Kapitalzusage gegenüber der APPIA Master SCSp oder zur Finanzierung von Aufwendungen der Gesellschaft abgerufen hat, soweit das abgerufene Kapital nicht benötigt wird. Eine solche Rückzahlung gilt nicht als Auszahlung im Sinne dieser Satzung oder des Emissionsdokuments und erhöht die noch Abrufbare Kapitalzusage wieder entsprechend.
- (d) Zahlungen erfolgen durch spesenfreie Banküberweisung auf das vom General Partner oder einer von ihm ermächtigten Person in dem Kapitalabruf angegebene Bankkonto der Gesellschaft.

**(2) Zahlungen der nach dem Ersten Zeichnungsschluss aufgenommenen Aktionäre**

- (a) Aktionäre, die nach dem Ersten Zeichnungsschluss in die Gesellschaft aufgenommen werden oder ihre Kapitalzusage erhöhen (jeweils ein „**Weiterer Aktionär**“), leisten nach ihrer Aufnahme in die Gesellschaft bzw. nach Erhöhung ihrer Kapitalzusage auf Kapitalabruf durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person eine Einzahlung (die „**Ausgleichszahlung**“), die dem auf den Weiteren Aktionär entfallenden Teil der bis zu dem Nachfolgenden Zeichnungsschluss geleisteten Kapitaleinzahlungen der Bestehenden Aktionäre entspricht.

Die Ausgleichszahlung entspricht dem Betrag, den der Weitere Aktionär gemäß § 5(1) bis zu seiner Aufnahme in die Gesellschaft hätte einzahlen müssen, wenn er zum Ersten Zeichnungsschluss bereits in die Gesellschaft aufgenommen worden wäre, oder – sofern der Weitere Aktionär seine Kapitalzusage erhöht hat – den der Weitere Aktionär gemäß § 5(1) über die von ihm bereits geleisteten Kapitaleinzahlungen hinaus hätte einzahlen müssen, wenn er die erhöhte Kapitalzusage bereits zum Ersten Zeichnungsschluss übernommen hätte. Die Ausgleichszahlung



erfolgt zu dem Zweck, die Abrufquote, d. h. das Verhältnis von Kapitaleinzahlungen zur Kapitalzusage bei den Aktionären auszugleichen.

- (b) Weitere Aktionäre, deren Antrag auf Beitritt zur Gesellschaft oder auf Erhöhung der übernommenen Kapitalzusage nach dem Ersten Zeichnungsschluss angenommen wird, entrichten zugleich mit ihrem ersten Kapitalabruf einen Ausgleichszins in Höhe von 4 % p. a. (der „**Ausgleichszins**“). Eine Verzinsung der Zinsen erfolgt nicht. Berechnungsgrundlage für den Ausgleichszins sind jeweils diejenigen Beträge, die der Weitere Aktionär hätte leisten müssen, wenn er der Gesellschaft bereits zum Ersten Zeichnungsschluss beigetreten wäre bzw. seine Kapitalzusage erhöht hätte. Berechnungszeitraum für den Ausgleichszins ist jeweils die Periode beginnend mit dem Tag, an dem der Weitere Aktionär die entsprechende Kapitaleinzahlung gegenüber der Gesellschaft hätte leisten müssen und endend am Fälligkeitstermin der ersten bei dem Weiteren Aktionär abgerufenen Kapitaleinzahlung.
- (c) Für Zwecke dieses Absatzes (2) gilt die Fiktion des § 4(3)(e) Satz 2 nicht.
- (d) Der Ausgleichszins wird mit dem ersten Kapitalabruf fällig, der an den betreffenden Weiteren Aktionär erfolgt oder zu einem späteren vom General Partner oder einer von ihm ermächtigten Person bestimmten Zeitpunkt.
- (e) Die Zahlung des Ausgleichszinses wird nicht auf die Kapitalzusage des Aktionärs angerechnet, sondern ist zusätzlich zu entrichten.
- (f) Bei Aktionären, bei denen sich die Kapitalzusage aufgrund prozentualer Beteiligungsbeschränkungen stufenweise bis zum Letzten Zeichnungsschluss verbindlich erhöht, wird auf die entsprechenden Erhöhungen der Kapitalzusage kein Ausgleichszins berechnet.

## **§ 6**

### **Verzug**

#### **(1) Säumiger Aktionär**

- (a) Leistet ein Aktionär eine Kapitaleinzahlung nicht bei Fälligkeit (ein „**Säumiger Aktionär**“), tritt ab dem Zeitpunkt der Fälligkeit Verzug ein ohne das Erfordernis einer Mahnung. Bei einer Kapitalabruffrist von weniger als zehn (10) Geschäftstagen, liegt Verzug erst vor und der Aktionär wird erst zu einem Säumigen Aktionär, wenn der Aktionär die Kapitaleinzahlung nach Ablauf von zehn (10) Geschäftstagen nach Absendung des Kapitalabrufs nicht geleistet hat.
- (b) Solange ein Aktionär ein Säumiger Aktionär ist, kann der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person dessen Rechte aus

dieser Satzung suspendieren. Die Suspendierung kann u. a. die (i) Gewinnbeteiligungsrechte, (ii) Auszahlungsrechte und (iii) das Stimmrecht umfassen.

- (c) Neben den gesetzlichen Rechtsbehelfen bei Verzug gelten die Bestimmungen gemäß nachstehendem Absatz (2).

## **(2) Maßnahmen bei Verzug**

Leistet ein Säumiger Aktionär eine Zahlung bei Fälligkeit nicht, versendet der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person an den Säumigen Aktionär eine zweite Zahlungsaufforderung mit Zugangsnachweis. Leistet der Säumige Aktionär den rückständigen Betrag nicht innerhalb von zehn (10) Geschäftstagen nach Absendung der zweiten Zahlungsaufforderung an die Gesellschaft, so hat der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person das Recht, in Ergänzung zu den gesetzlichen Rechtsbehelfen bei Zahlungsverzug die nachfolgenden Rechtsbehelfe zu ergreifen:

- (a) Die Gesellschaft kann den Säumigen Aktionär auf Zahlung des rückständigen Betrags nebst aller Nebenkosten, einschließlich Kosten der Rechtsverfolgung vor den ordentlichen Gerichten verklagen. Die Geltendmachung weiteren Schadensersatzes, insbesondere aufgrund erforderlicher Maßnahmen zur Sicherstellung der vollständigen Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft, bleibt davon unberührt.
- (b) Der Säumige Aktionär kann im Ermessen des General Partners oder einer von ihm ermächtigten Person aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Seine Aktien werden eingezogen und gelöscht. Der ausgeschlossene Säumige Aktionär erhält einen Abfindungsanspruch in Höhe von 50 % des Nettoinventarwertes seiner Aktien, ermittelt auf den Zeitpunkt des Ausschlusses. Der so ermittelte Abfindungsanspruch mindert sich um sämtliche Schäden, die der Gesellschaft aufgrund des Verzugs entstehen (einschließlich aller der Gesellschaft in Folge des Verzugs entstandenen Kosten).

Der Abfindungsanspruch kann im Ermessen des General Partners oder einer von ihm ermächtigten Person in Raten erfüllt werden. Die einzelnen Raten sind zu den Zeitpunkten fällig, zu denen die Gesellschaft Auszahlungen an die Aktionäre vornimmt. Die Höhe der einzelnen Raten entspricht dem Betrag der Auszahlung an die Aktionäre multipliziert mit einem Bruch, in dessen Nenner die Summe der Kapitalzusagen aller Aktionäre (einschließlich des ausgeschlossenen Säumigen Aktionärs) steht und in dessen Zähler die Kapitalzusagen des ausgeschlossenen Säumigen Aktionärs steht; höchstens jedoch beläuft sich die Summe aller vorstehend berechneten Raten auf die Höhe der Abfindung. Die einzelnen Raten sind unverzinslich. Ein Anspruch auf Sicherheitsleistung besteht nicht. Jede persönliche Haftung des

General Partners, der von ihm ermächtigten Personen und der übrigen Aktionäre für die Abfindungsschuld der Gesellschaft ist ausgeschlossen.

Soweit die für einen VAG-Gesellschafter zuständige Aufsichtsbehörde den vorstehenden Abschlag in Höhe von 50 % schriftlich als Verletzung zwingend anwendbaren Rechts einstuft, wird der General Partner in sachgerechtem Ermessen über die Anwendung eines angemessenen Abschlags entscheiden, und zwar unter Abwägung sämtlicher aus dem Verzug des säumigen VAG-Gesellschafters möglicher Schäden für die Gesellschaft, die übrigen Gesellschafter und den säumigen VAG-Gesellschafter.

- (c) Statt des Ausschlusses gemäß Buchst. (b) hat der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person das Recht, die Aktien des Säumigen Aktionärs gegen Zahlung eines Kaufpreises in Höhe der Abfindung gemäß Buchst. (b) an den Säumigen Aktionär und Übernahme der Zahlungspflichten des Säumigen Aktionärs gegenüber der Gesellschaft zur Veräußerung anzubieten. Die Aktionäre haben bezüglich dieser Veräußerung ein Vorerwerbsrecht in einem von ihnen bestimmten Verhältnis, sonst im Verhältnis ihrer Kapitalzusagen zueinander.

Soweit die Aktionäre ihr Vorerwerbsrecht nicht ausüben, ist der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person zum Vorerwerb der Aktien des Säumigen Aktionärs berechtigt oder kann einen Dritten zulassen (einschließlich mit dem General Partner verbundener Unternehmen), der die Aktien des Säumigen Aktionärs erwirbt. Der Säumige Aktionär beauftragt und bevollmächtigt hiermit den General Partner, sämtliche Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen, um die Aktien des Säumigen Aktionärs gemäß diesem Buchst. (c) zu veräußern. Der General Partner ist berechtigt, anderen Personen Untervollmacht zu erteilen.

### **(3) Finanzierung der Kapitaleinzahlung eines Säumigen Aktionärs**

Leistet ein Säumiger Aktionär eine Zahlung bei Fälligkeit nicht, ist der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses § 6 berechtigt, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- (a) Erhöhung der Kapitaleinzahlungen derjenigen Aktionäre, die ihre mit dem betreffenden Kapitalabruf abgerufene Rate eingezahlt haben, im Verhältnis ihrer noch Abrufbaren Kapitalzusagen zueinander, jedoch nicht darüber hinaus; oder
- (b) Aufnahme eines kurzfristigen Kredits zur Finanzierung der Kapitaleinzahlung des Säumigen Aktionärs gemäß § 12(1)(c).

## **§ 7**

### **Beteiligung am Gesellschaftsvermögen**

Die Gesellschafter sind am Gesellschaftsvermögen im Verhältnis der von ihnen gehaltenen Aktien zueinander beteiligt, sofern sich aus dieser Satzung nichts anderes ergibt.

## **§ 8**

### **Haftung der Gesellschafter**

#### **(1) Haftung des General Partners**

Der General Partner haftet persönlich und unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die nicht aus deren Vermögen bezahlt werden können.

#### **(2) Haftung der Aktionäre**

Im Verhältnis zur Gesellschaft haften die Aktionäre auf Erfüllung ihrer mit dieser Satzung und dem Emissionsdokument bestimmten Verpflichtungen, insbesondere zur Einzahlung der noch Abrufbaren Kapitalzusage. Eine darüber hinausgehende Haftung (Nachschusspflicht) besteht nicht.

Die Aktionäre haften für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Dritten beschränkt nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 in der Höhe ihrer Kapitalzusage.

## **§ 9**

### **Nettoinventarwert**

#### **(1) Berechnung**

- (a) Der Nettoinventarwert pro Aktie wird monatlich berechnet, jeweils zum letzten Bankarbeitstag in Luxemburg eines jeden Monats und zudem an diejenigen Tagen, die gemäß dem Gesetz von 2013 vorgeschrieben sind. Jeder Tag, an dem der Nettoinventarwert berechnet wird, wird als „**Bewertungstag**“ bezeichnet. Der Nettoinventarwert wird von der Gesellschaft oder vom ordnungsgemäß hierfür beauftragten Vertreter in Euro berechnet.

Der Nettoinventarwert pro Aktie wird durch Teilung des Nettoinventarwerts, d.h. die Summe des Werts aller Aktiva abzüglich seiner Verbindlichkeiten, durch die Gesamtzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Aktien berechnet.

- (b) Der General Partner kann festlegen, dass der Nettoinventarwert auf das nächste Hundertstel einer Einheit der Währung, in der eine Aktienklasse denominiert ist/sind, auf- oder abgerundet werden kann. Die Bewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt im Einklang mit den in Luxemburg anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (Lux GAAP).

## **(2) Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts**

Der General Partner ist ermächtigt, die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktienklasse auszusetzen, wenn und solange Umstände vorliegen, die dies erfordern und die Aussetzung unter Beachtung der Interessen der Gesellschafter gerechtfertigt ist, insbesondere:

- (a) wenn aufgrund von Ereignissen, die nicht in die Verantwortlichkeit oder den Einflussbereich der Gesellschaft fallen, eine normale Verfügung über das Nettovermögen unmöglich wird, ohne die Interessen der Aktionäre schwerwiegend zu beeinträchtigen;
- (b) wenn durch eine Unterbrechung der Nachrichtenverbindung oder technische Probleme jedweder Art der Wert eines beträchtlichen Teils des Nettovermögens nicht bestimmt werden kann;
- (c) wenn Einschränkungen des Devisen- oder Kapitalverkehrs die Abwicklung der Geschäfte für Rechnung der Gesellschaft verhindern;
- (d) wenn eine Gesellschafterversammlung einberufen wurde, um die Gesellschaft zu liquidieren;
- (e) wenn die Berechnung des Nettoinventarwertes bei der APPIA Master SCSp ausgesetzt wird.

Die Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes wird den Aktionären unverzüglich und in angemessener Weise mitgeteilt. Während der Dauer der Aussetzung der Berechnung werden keine Aktien ausgegeben oder zurückgenommen.

## **(3) Aktiva der Gesellschaft**

Die Aktiva der Gesellschaft beinhalten:

- (a) Alle flüssigen Mittel einschließlich hierauf angefallener Zinsen;
- (b) Alle ausstehenden Forderungen einschließlich Zinsforderungen auf Konten und Depots sowie Erträge aus verkauften, aber noch nicht gelieferten Vermögenswerten;
- (c) Alle Vermögenswerte, die von der Gesellschaft gehalten werden oder zu ihren Gunsten erworben wurden;
- (d) Sämtliche sonstigen Vermögenswerte einschließlich im Voraus bezahlter Ausgaben.

Der Wert von Kassenbeständen oder Bankguthaben, Einlagenzertifikaten und ausstehenden Forderungen, vorausbezahlten Auslagen, Bardividenden und erklärten oder aufgelaufenen und noch nicht erhaltenen Zinsen entspricht dem jeweiligen vollen Betrag, es sei denn, dass dieser wahrscheinlich nicht voll bezahlt oder erhalten werden kann, in welchem Falle der Wert unter Einschluss eines angemessenen Abschlages ermittelt wird, um den tatsächlichen Wert zu erhalten.

Der Wert der von der Gesellschaft gehaltenen Anteile an der APPIA Master SCSp bestimmt sich nach den von der APPIA Master SCSp übermittelten Nettoinventarwerten, gegebenenfalls angepasst durch den AIFM aufgrund bewertungsrelevanter Ereignisse bei der APPIA Master SCSp (z.B. Kapitalabrufe, Ausschüttungen), die seit der Übermittlung des letzten Nettoinventarwerts von der APPIA Master SCSp eingetreten sind.

#### **(4) Verbindlichkeiten der Gesellschaft**

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- (a) Sämtliche Kredite und Forderungen gegen die Gesellschaft;
- (b) Sämtliche anfallenden und zu zahlenden Kosten, insbesondere Kosten für die zentrale Verwaltungsstelle, die Register und Transferstelle, den General Partner, den Manager, den Portfolio Manager, die Verwahrstelle und den Wirtschaftsprüfer; sowie Kosten des Erwerbs, des Haltens und Veräußerns von Vermögenswerten (einschließlich der Kosten, die in diesem Zusammenhang beauftragten Dritten entstehen);
- (c) Sämtliche Verbindlichkeiten, einschließlich Zahlungsverpflichtungen aus fälligen vertraglichen Verbindlichkeiten und festgelegte, aber noch nicht ausgezahlte Ausschüttungen der Gesellschaft;
- (d) Vom General Partner genehmigte und angenommene Verpflichtungen der Gesellschaft;
- (e) Sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

### **§ 10**

#### **Auszahlungen**

##### **(1) Allgemeine Grundsätze**

- (a) Die Auszahlung Ausschüttungsfähiger Liquidität kann unabhängig von realisierten oder unrealisierten Verlusten oder Gewinnen erfolgen, vorausgesetzt, dass nach der Ausschüttung der Nettoinventarwert der Gesellschaft das Mindestkapital gemäß § 4 weiterhin überschreitet.
- (b) Entscheidungen über die Auszahlung von Dividenden bedürfen der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung. Der General Partner kann jedoch in eigenem Ermessen Zwischenausschüttungen von Dividenden im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen vornehmen, ohne dass es einer vorherigen Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung bedarf. Zwischenausschüttungen von Dividenden sind jedoch von der Gesellschafterversammlung im Rahmen der Jahreshauptversammlung zu genehmigen.
- (c) Ausschüttungen erfolgen an die Aktionäre an die im Aktionärsregister hinterlegte Bankverbindung.

- (d) Der General Partner ist berechtigt, zum Zwecke der Ausschüttung Aktien der Aktionäre entsprechend dem Verhältnis der von ihnen jeweils an der Gesellschaft gehaltenen Aktien (*pro rata*) zurückzunehmen. Der Rücknahmepreis pro Aktie entspricht in diesem Fall dem jeweils zuletzt berechneten Nettoinventarwert pro Aktie.

## **(2) Sachwertausschüttungen**

Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person wird ohne Zustimmung des Anlegers keine Anlagen als Sachwerte (*in natura*) ausschütten, es sei denn, die Anlagen sind an einer Börse notiert.

## **(3) Wiederanlage von Erlösen**

Der General Partner ist grundsätzlich nur berechtigt, Erlöse aus Anlagen in den folgenden Fällen zu reinvestieren: (i) Erlöse bis zur Höhe des Betrags der Kapitaleinzahlungen der Gesellschafter, der nicht für Kapitaleinzahlungen bei der APPIA Master SCSp zur Verfügung steht, weil die Gesellschaft daraus Kosten bestritten hat bzw. voraussichtlich bestreiten wird, (ii) Kapitalbedarf, der sich aufgrund von Währungsschwankungen ergibt, und (iii) Erlöse, die benötigt werden, um jegliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der APPIA Master SCSp zu erfüllen.

## **(4) Auszahlungen unter dem Vorbehalt des Wiederabrufs**

Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person ist berechtigt, Ausschüttungsfähige Liquidität an die Gesellschafter vorläufig, unter dem Vorbehalt der Wiedereinzahlung bei der Gesellschaft auszuzahlen, wenn

- (a) die Gesellschaft über überschüssige Liquidität aus Kapitaleinzahlungen ihrer Gesellschafter verfügt (dies ist insbesondere während der Zeichnungsperioden der Gesellschaft und im Zusammenhang mit dem Letzten Zeichnungsschluss möglich), oder
- (b) die Gesellschaft von der APPIA Master SCSp Auszahlungen erhält, die bei der APPIA Master SCSp unter dem Vorbehalt der Wiedereinzahlung stehen oder in sonstiger Weise die Kapitaleinzahlungsverpflichtungen der Gesellschaft gegenüber der APPIA Master SCSp wieder erhöht haben.

Entsprechende Auszahlungen durch die Gesellschaft erhöhen die noch Abrufbaren Kapitalzusagen der Gesellschafter wieder und können von den betroffenen Gesellschaftern erneut abgerufen werden. Vor Wiederabruf entsprechender Auszahlungen wird der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person prüfen, ob die Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft nicht vorrangig aus

- (i) vorhandener Liquidität, oder
- (ii) Re-Investition von Erlösen gemäß § 10(3) von der

Gesellschaft erfüllt werden können.

**(5) Verteilungsschlüssel für Ausgleichszins**

- (a) Der von der Gesellschaft vereinnahmte Ausgleichszins wird an die Gesellschafter ausgezahlt, soweit die Gesellschaft den vereinnahmten Ausgleichszins nicht an die APPIA Master SCSp zu zahlen hat. Der Verteilungsschlüssel zwischen den Gesellschaftern für den bei der Gesellschaft verbleibenden Ausgleichszins richtet sich nach dem Umfang und der Dauer der tatsächlichen Kapitalbindung der Gesellschafter und der von ihnen in diesem Zusammenhang überproportional geleisteten Kapitaleinzahlungen. Die Auszahlung des Ausgleichszinses erfolgt im Ermessen des General Partners oder einer von ihm ermächtigten Person nach dem Letzten Zeichnungsschluss.
- (b) Für Zwecke dieses Absatzes (5) gilt die Fiktion des § 4(3)(e) Satz 2 nicht.

**(6) Verrechnung von Auszahlungsansprüchen mit Zahlungsverpflichtungen**

Zur Auszahlung an die Gesellschafter fällige Beträge können vom General Partner oder einer von ihm ermächtigten Person mit offenen Zahlungsverpflichtungen der Gesellschafter der Gesellschaft verrechnet werden, müssen aber separat ausgewiesen werden. Gesellschafter sind nicht berechtigt, Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Gesellschaft gegen Auszahlungsansprüche aufzurechnen.

**§ 11  
Kosten**

**(1) Gründungskosten**

Die Gesellschaft trägt die Kosten im Zusammenhang mit ihrer Errichtung und Eintragung beim Handels- und Gesellschaftsregister sowie die Kosten der Registrierung bei den luxemburgischen Behörden (einschließlich der CSSF), sowie alle sonstigen Kosten, soweit diese Kosten nicht durch die APPIA Master SCSp getragen werden.

**(2) Keine Platzierungsprovisionen**

Die Gesellschaft zahlt keine Platzierungsprovisionen im Zusammenhang mit dem Beitritt von Anlegern.

**(3) Sonstige von der Gesellschaft zu tragende Kosten und Auslagen**

Die Gesellschaft trägt sämtliche Kosten ihrer Verwaltung. Zu den von der Gesellschaft zu tragenden Kosten zählen insbesondere:

- (a) die Kosten der Buchhaltung/Buchführung der Gesellschaft sowie die externen Kosten der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses der Gesellschaft;



- (b) die Kosten und Gebühren für die eigene Rechts-, Steuer- und sonstige Beratung der Gesellschaft, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erwerb und dem Halten der Beteiligung an APPIA Master SCSp, für die Erstellung der Steuererklärungen der Gesellschaft;
- (c) die Kosten für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Geltendmachung und Erlangung von Ansprüchen unter anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen für Einkünfte der Gesellschaft und der zugehörigen Erfüllung der formellen Anforderungen durch die Gesellschafter;
- (d) die Kosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Gesellschafterversammlungen;
- (e) die die Gesellschaft betreffenden Kosten für die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit;
- (f) die Kosten des Geldverkehrs;
- (g) die Gebühren des AIFM, der Verwahrstelle sowie der Zentralverwaltung und der Register-, Transfer- und Zahlstelle;
- (h) Transaktionskosten der Ausgabe und gegebenenfalls Rücknahme von Aktien;
- (i) Kosten des Wirtschaftsprüfers; und
- (j) etwaige Steuern und Abgaben jeglicher Art der Gesellschaft.

## **§ 12**

### **Geschäftsführungsbefugnis**

#### **(1) Grundregeln**

- (a) Der General Partner und die von ihm ermächtigten Personen verfügen über die umfassende Befugnis, alle Verfügungs- und Verwaltungshandlungen im Rahmen der Verfolgung des Gesellschaftszweckes vorzunehmen. Sämtliche Befugnisse, welche nicht ausdrücklich gesetzlich oder durch diese Satzung der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, können durch den General Partner oder die von ihm ermächtigten Personen ausgeübt werden.
- (b) Der General Partner ist berechtigt, sämtliche ihm gemäß dieser Satzung obliegenden Befugnisse auf Verbundunternehmen zu übertragen.
- (c) Die Geschäftsführungsbefugnis des General Partners oder von ihm ermächtigter Personen umfasst grundsätzlich keine Ermächtigung, Kredite zu Lasten der Gesellschaft aufzunehmen oder entsprechende Sicherheiten zu gewähren. Davon ausgenommen ist die Zwischenfinanzierung von Kapitaleinzahlungen sowie von abgerufenen Kapitaleinzahlungen

Säumiger Aktionäre gemäß § 6(3).

## **(2) Bestellung und Ermächtigungen des AIFM**

Der General Partner, handelnd im eigenen Namen und im Namen und für Rechnung der Gesellschaft, bestellt einen Verwalter alternativer Investmentfonds im Sinne des RAIF Gesetzes, durch Abschluss eines separaten Vertrages, zum Verwalter alternativer Investmentfonds der Gesellschaft gemäß dem Gesetz von 2013 und ermächtigt den AIFM zur Vornahme sämtlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Portfolio- und Risikomanagement in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Satzung, dem Emissionsdokument und in Übereinstimmung mit zwingendem Gesetzesrecht. Die Bestellung des AIFM kann gemäß den Bedingungen und Bestimmungen des zwischen dem General Partner und dem AIFM geschlossenen Vertrags beidseitig beendet werden.

## **§ 13**

### **Verwahrstelle**

- (a) Die Aufgaben der Verwahrstelle richten sich nach den Bestimmungen des Gesetzes von 2013, dem Verwahrstellenvertrag und dieser Satzung. Die Verwahrstelle handelt unabhängig von der Gesellschaft und im Interesse der Anleger und der Gesellschaft. Sie wird jedoch den Weisungen der Gesellschaft Folge leisten, vorausgesetzt, die Weisungen stehen in Übereinstimmung mit dieser Satzung, dem Verwahrstellenvertrag und dem Gesetz von 2013.
- (b) Die Verwahrstelle überwacht die Vermögenswerte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen. Die Verwahrstelle ist auf Anweisung der Gesellschaft oder des AIFM für die Gesellschaft berechtigt, unter ihrer Verantwortung Vermögenswerte der Gesellschaft bei anderen Banken oder bei Wertpapiersammelstellen in Verwahrung zu geben. Die Verwahrstelle haftet für den Verlust verursacht durch die Verwahrstelle oder einen Dritten, an den die Verwahrung der Finanzanlagen delegiert wurde, es sei denn die Haftung wurde vertraglich zwischen dem General Partner, der Verwahrstelle und dem betreffenden Dritten ausgeschlossen.
- (c) Die Verwahrstelle und die Gesellschaft sind berechtigt, den Verwahrstellenvertrag jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Die Kündigung wird jedoch erst wirksam, wenn eine Verwahrstelle, welche die Bedingungen des Gesetzes von 2013 erfüllt, die Pflichten und Funktionen als Verwahrstelle übernimmt. Bis zum Zeitpunkt der Übernahme wird die bisherige Verwahrstelle zum Schutz der Interessen der Anleger ihren Pflichten und Funktionen in vollem Umfang nachkommen.

## § 14

### **Beteiligung an APPIA Master SCSp Umfang der Geschäftsführungsbefugnis des AIFM**

#### **(1) Beteiligung an APPIA Master SCSp**

- (a) Der General Partner und der AIFM sind berechtigt, für die Gesellschaft eine Kapitalzusage gegenüber der APPIA Master SCSp in Höhe von insgesamt bis zu 100 % des Zeichnungskapitals der Gesellschaft abzugeben.
- (b) Der General Partner und der AIFM sind berechtigt, sämtliche erforderlichen oder zweckmäßigen Handlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Verwaltung von Beteiligungen an APPIA Master SCSp vorzunehmen.

#### **(2) Beteiligung an Annexfonds**

- (a) Es ist möglich, dass verschiedene Zielfonds vor oder zum Ende der Laufzeit der APPIA Master SCSp nicht beendet werden, sondern durch Roll-Over ihres Portfolios weiter fortgeführt werden und ihren Investoren (und damit auch der APPIA Master SCSp) die Möglichkeit einräumen, an den fortgeführten Infrastrukturanlagen weiter zu partizipieren („**Roll-Overs**“).
- (b) APPIA Master SCSp kann ihren Investoren die Errichtung und Beteiligung an einem oder mehreren Annexfonds für die Strukturierung der Beteiligungen an Roll-Overs (die „**Annexfonds**“) vorschlagen. In diesem Fall wird der General Partner den Gesellschaftern ebenfalls die Errichtung und Beteiligung an einem oder mehreren Annexfonds der Gesellschaft (die „**Feeder Annexfonds**“) zur Beteiligung an den Annexfonds vorschlagen.
- (c) Die Beteiligung an einem Feeder Annexfonds steht im freien Ermessen jedes Gesellschafter. Der General Partner kann die Errichtung eines Feeder Annexfonds davon abhängig machen, dass sich mindestens 50 % der vorhandenen Stimmen der Gesellschafter für die Beteiligung an einem Feeder Annexfonds entscheiden.
- (d) Beteiligt sich die Gesellschaft nicht an Annexfonds, hat sie dennoch Anspruch auf ihren Anteil an den Erlösen der betreffenden Beteiligungsgesellschaften der APPIA Master SCSp, die aus der anteiligen Verwertung des nicht im Rahmen des Roll-Overs überführten Portfolios erwirtschaftet werden. Dafür kann es erforderlich sein, dass sich die Gesellschaft an einem von APPIA Master SCSp zu diesem Zweck errichteten Annexfonds („**Annex-Liquidationsfonds**“) beteiligt. Der General Partner und der Manager sind ohne Zustimmung der übrigen Gesellschafter in ihrem Ermessen berechtigt, für die Gesellschaft eine Beteiligung an Annex-Liquidationsfonds einzugehen.

- (e) Sofern die Voraussetzungen für die Beteiligung der Gesellschaft an einem Annexfonds, Annex-Liquidationsfonds oder für die Errichtung eines Feeder Annexfonds vorliegen, sind der General Partner und der Manager berechtigt, sämtliche dafür erforderlichen oder zweckmäßigen Handlungen vorzunehmen.

### **(3) Freie Liquidität**

Die Gesellschaft kann überschüssige Liquidität bis zur endgültigen Verwendung kurzfristig in Sicht- oder Termineinlagen bei Kreditinstituten anlegen. Der Erwerb von Anteilen an Geldmarktfonds ist nicht zulässig.

### **(4) Wahrnehmung von Gesellschafterrechten bei APPIA Master SCSp**

Die Wahrnehmung von Gesellschafterrechten bei der APPIA Master SCSp obliegt grundsätzlich dem General Partner und dem AIFM in ihrem sachgerechten Ermessen. Der General Partner wird jedoch die ihm von der APPIA Master SCSp übermittelten Beschlussvorlagen den Gesellschaftern zur Abstimmung vorlegen und die auf die Gesellschaft bei der APPIA Master SCSp entfallenden Stimmrechte so ausüben (und ggf. splitten), dass die Ergebnisse der Stimmausübung der Gesellschafter entsprechend reflektiert werden.

## **§ 15**

### **Vertretung, Vollmacht, Haftungsbeschränkung**

#### **(1) Vertretungsmacht, Vollmacht und Beschränkungen**

- (a) Im Rechtsverkehr mit Dritten wird die Gesellschaft durch den General Partner oder von ihm ermächtigte Personen vertreten.
- (b) Die Aktionäre haben keinerlei Vertretungs- oder Geschäftsführungsbefugnisse im Zusammenhang mit der Gesellschaft.
- (c) Die Vertretungsmacht des General Partners ist umfassend, jedoch dahingehend begrenzt, dass kein Gesellschafter verpflichtet werden kann, Zahlungen an die Gesellschaft über den Betrag seiner Verpflichtungen gemäß Zeichnungsvereinbarung, dem Emissionsdokument und dieser Satzung hinaus zu leisten.
- (d) Der General Partner hat gemäß § 12(2) den AIFM zum Verwalter alternativer Investmentfonds der Gesellschaft bestellt.

#### **(2) Haftungsbeschränkung**

Soweit eine Haftung dem Grund nach besteht, gelten die folgenden Einschränkungen:

- (a) Der General Partner und der AIFM haften (i) für ihr Handeln bzw. Unterlassen, (ii) für Handeln bzw. Unterlassen von Verbundunternehmen sowie (iii) für Handeln bzw. Unterlassen ihrer Gesellschafter, Geschäftsführer, Angestellten oder Beauftragten nur bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, Betrug oder

einem Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung dieser Satzung (im Falle zumindest einfacher Fahrlässigkeit). Davon unberührt bleibt eine zwingende Haftung des AIFM nach dem Gesetz von 2013.

- (b) Jeder Gesellschafter, Geschäftsführer, Angestellter oder Beauftragter des General Partners und des AIFM haftet nur bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, Betrug oder einem Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung dieser Satzung (im Falle zumindest einfacher Fahrlässigkeit). Davon unberührt bleibt eine zwingende Haftung des AIFM nach dem Gesetz von 2013.

## **§ 16**

### **Keine Rückgaberechte**

Die Gesellschaft ist ein geschlossenes Investmentvermögen. Anleger sind nicht berechtigt, von der Gesellschaft oder Dritten die Rücknahme ihrer Aktien zu verlangen. Der General Partner wird sich jedoch mit angemessenen Kräften bemühen, veräußerungswillige Anleger zu unterstützen.

Der General Partner ist entsprechend § 10(1) berechtigt, zum Zwecke der Ausschüttung Aktien der Aktionäre entsprechend dem Verhältnis der von ihnen jeweils an der Gesellschaft gehaltenen Aktien (*pro rata*) zurückzunehmen. Der Rücknahmepreis pro Aktie entspricht in diesem Fall dem jeweils zuletzt berechneten Nettoinventarwert pro Aktie.

## **§ 17**

### **Ausscheiden von Gesellschaftern**

#### **(1) Grundregel**

Gesellschafter können aus der Gesellschaft nur ausscheiden, soweit die Satzung ein Ausscheiden regelt oder zwingende gesetzliche Gründe für ein Ausscheiden gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 durch die Stellungnahme eines unabhängigen Rechtsberaters nachgewiesen werden. Der General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person entscheiden in ihrem Ermessen darüber, ob mit der Stellungnahme der Nachweis erbracht worden ist. Bis zur Anerkennung der zwingenden gesetzlichen Gründe durch den General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person gilt der kündigende Gesellschafter als nicht ausgeschieden.

#### **(2) Vollzug des Ausscheidens**

- (a) Das Ausscheiden eines Gesellschafters aus der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen in vorstehendem Absatz (1) vollzieht sich wie folgt:
- (b) Mit dem Ausscheiden eines Gesellschafters werden dessen Aktien eingezogen und gelöscht.
- (c) Vorbehaltlich abweichender Bestimmungen in dieser Satzung, insbesondere § 6, erwirbt der ausscheidende Gesellschafter einen

Abfindungsanspruch für seine Aktien in Höhe des zum Tag des Ausscheidens festgestellten Nettoinventarwertes seiner Aktien abzüglich eines Sicherheitsabschlags von 15 %.

- (d) Die Gesellschaft zahlt den Abfindungsanspruch in Raten zu denjenigen Zeitpunkten, zu denen die Gesellschaft Auszahlungen vornimmt. Die einzelnen Raten belaufen sich auf denjenigen Betrag, den der ausscheidende Gesellschafter als Auszahlung erhalten hätte, wäre er nicht aus der Gesellschaft ausgeschieden, höchstens jedoch den Betrag des Abfindungsanspruchs.
- (e) Der Abfindungsanspruch ist unverzinslich. Ein ausscheidender Gesellschafter kann für seinen Abfindungsanspruch keine Stellung von Sicherheiten verlangen. Für die Erfüllung des Abfindungsanspruchs haftet lediglich das Gesellschaftsvermögen; kein Gesellschafter haftet persönlich für die Abfindung.
- (f) Mit Ausnahme des Abfindungsanspruchs hat ein ausscheidender Gesellschafter keine weiteren Ansprüche gegen die Gesellschaft oder einen Gesellschafter aus und im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft.
- (g) Der General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person ist berechtigt, mit Wirkung für alle Gesellschafter und ohne das Erfordernis der Zustimmung der übrigen Gesellschafter sowie gegen (i) Zahlung des Abfindungsbetrages in Höhe des Abfindungsanspruch gemäß vorstehendem Unterabsatz (c) an die Gesellschaft oder an den ausscheidenden Gesellschafter und (ii) Übernahme einer Kapitalzusage in Höhe der noch Abrufbaren Kapitalzusage des ausgeschiedenen Gesellschafters, den Bestehenden Aktionären anzubieten, die Anzahl der von ihnen jeweils gehaltenen Aktien und ihre jeweiligen Kapitalzusagen zu erhöhen.

Die Bestehenden Aktionäre haben insofern ein Vorerwerbsrecht in einem von ihnen bestimmten Verhältnis, sonst im Verhältnis ihrer Kapitalzusagen zueinander. Soweit die Bestehenden Aktionäre ihr Vorerwerbsrecht innerhalb einer Frist von 20 Geschäftstagen ab Mitteilung durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person nicht oder nicht vollständig ausüben, ist der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person zum Erwerb der Aktien und zur Übernahme einer Kapitalzusage in Höhe der noch Abrufbaren Kapitalzusage des ausgeschiedenen Gesellschafters berechtigt oder kann einen Dritten zulassen (einschließlich mit dem General Partner verbundener Unternehmen), der die Aktien des ausscheidenden Gesellschafters erwirbt und eine Kapitalzusage in Höhe der noch Abrufbaren Kapitalzusage des ausgeschiedenen Gesellschafters übernimmt. Der ausscheidende Gesellschafter beauftragt und bevollmächtigt hiermit den General Partner, sämtliche Erklärungen abzugeben

und Handlungen vorzunehmen, um die Aktien des ausscheidenden Gesellschafters gemäß diesem Buchst. (g) zu veräußern. Der General Partner ist berechtigt, anderen Personen Untervollmacht zu erteilen.

## **§ 18**

### **Ausschließung von Aktionären**

#### **(1) Allgemein**

Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person kann Gesellschafter in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Satzung oder in Übereinstimmung mit zwingendem Gesetzesrecht aus der Gesellschaft ausschließen.

#### **(2) Ausschluss bei Nachteilen für die Gesellschaft**

- (a) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person kann einen Gesellschafter aus der Gesellschaft ausschließen, wenn dieser (i) den Status als Professioneller oder Semi-Professioneller Anleger verliert, oder (ii) eine US-Person ist oder wird, oder seine Beteiligung direkt oder indirekt auf Rechnung einer US-Person hält und dadurch Nachteile für die Gesellschaft, die Gesellschafter, den General Partner oder die Verbundunternehmen eintreten oder drohen.
- (b) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person kann überdies einen Gesellschafter aus der Gesellschaft ausschließen, wenn der General Partner nach anwaltlicher Beratung der Ansicht ist, dass durch die Beteiligung des Gesellschafters (i) wesentliche Nachteile für die Gesellschaft, die Gesellschafter, den General Partner oder die Verbundunternehmen eintreten oder drohen, (ii) einen relevanten Gesetzesverstoß in Luxemburg oder im Ausland begründen kann, oder (iii) bewirken kann, dass die Gesellschaft in einem anderen Land als Luxemburg steuerpflichtig wird.

#### **(3) Anzeige des Ausschlusses, Zeitpunkt der Wirksamkeit**

Der Beschluss über den Ausschluss gemäß Absatz (2) ist dem betroffenen Gesellschafter unverzüglich in Textform zu übermitteln. Der Ausschluss wird wirksam zu dem in dem Beschluss bzw. der Erklärung angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch mit Zustellung des Beschlusses bzw. der Erklärung. Zustellung des Beschlusses bzw. der Erklärung gilt mit dem dritten Tag nach Absendung des Beschlusses an die letzte dem General Partner bekannte Adresse des Gesellschafters als bewirkt.

#### **(4) Vollzug des Ausschlusses**

Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 6 gelten für den Vollzug eines Ausschlusses die Bestimmungen in § 17(2) entsprechend.

## **§ 19**

### **Ausschließung des General Partners und des AIFM**

#### **(1) Ausschließung des General Partners**

Der General Partner kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes durch Beschluss der Aktionäre mit einer einfachen Mehrheit der Kapitalzusagen aus der Gesellschaft ausgeschlossen bzw. abberufen werden. Für die Zwecke dieses § 19 gilt als „**wichtiger Grund**“ (i) eine Handlung, die grobe Fahrlässigkeit, Betrug, vorsätzliches Fehlverhalten oder einen zumindest fahrlässigen Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung dieser Satzung oder im Falle des AIFM des Bestellungsvertrags darstellt (sofern eine solche Verletzung nicht innerhalb von 30 Tagen, nachdem sie dem General Partner bzw. dem AIFM bekannt wurde, geheilt wird), oder (ii) eine Handlung oder ein Ereignis, welche bzw. welches es dem General Partner oder dem AIFM unmöglich macht, ihre jeweiligen Verpflichtungen aus dieser Satzung oder dem Bestellungsvertrag zu erfüllen.

#### **(2) Kündigung des AIFM**

Sofern ein wichtiger Grund nach dem vorstehenden § 19(1) durch das Verhalten des AIFM begründet wird, können die Aktionäre mit einer einfachen Mehrheit der Kapitalzusagen beschließen, dass der General Partner den Bestellungsvertrag mit dem AIFM zu kündigen hat.

#### **(3) Fortsetzung der Gesellschaft bei Ausschließung des General Partners**

Bei einer Ausschließung des General Partners nach den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes (1) besteht die Gesellschaft fort, wenn innerhalb von 90 Tagen nach dem Beschluss über die Ausschließung die Aktionäre, die mindestens zwei Drittel der gesamten Kapitalzusagen der Aktionäre auf sich vereinigen, die Fortsetzung der Gesellschaft beschließen und einen neuen General Partner als Nachfolger bestellen.

#### **(4) Vergütungsansprüche**

Ab dem Zeitpunkt der Ausschließung des General Partners erlischt dessen Anspruch auf Zahlung der ihm aus dieser Satzung zustehenden Vergütung. Die bis zum Zeitpunkt der Ausschließung entstandenen Vergütungsansprüche bleiben davon unberührt.

## **§ 20**

### **Übertragung von Aktien**

#### **(1) General Partner**

Vorbehaltlich der Bestimmungen in diesem § 20 und vorbehaltlich zwingenden Gesetzesrechts kann der General Partner über seine Komplementäraktie ganz oder teilweise nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung von Aktionären verfügen, die mindestens 75 % der gesamten Kapitalzusagen bei der Gesellschaft auf sich vereinigen. Verfügung im Sinne dieses § 20 umfasst den Verkauf, die Abtretung, die



sonstige Übertragung, die Einräumung von Unterbeteiligungen, die Begründung von Treuhandverhältnissen, die Verpfändung und die sonstige Belastung der Komplementäraktie sowie sonstige schuldrechtliche Absprachen bezüglich der Komplementäraktie. Keiner Zustimmung der Gesellschafter bedürfen Verfügungen des General Partners gegenüber Verbundunternehmen.

## **(2) Aktionäre – Grundsatz der freien Übertragbarkeit**

Vorbehaltlich der Bestimmungen gemäß diesem § 20 und vorbehaltlich zwingenden Gesetzesrechts können die Aktionäre über ihre Aktien ganz oder teilweise frei verfügen. Die Zustimmung der übrigen Gesellschafter ist nicht erforderlich.

## **(3) KVG-Gesellschafter**

Für KVG-Gesellschafter gilt der vorstehende Grundsatz der freien Übertragbarkeit vorbehaltlich der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß des nachstehenden Absatzes (6).

## **(4) VAG-Gesellschafter**

Für VAG-Gesellschafter gilt der vorstehende Grundsatz der freien Übertragbarkeit vorbehaltlich der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß dieses Absatzes (4) und des nachstehenden Absatzes (6).

- (a) Werden Aktien an der Gesellschaft als Teil eines Sicherungsvermögens, des gebundenen Vermögens bzw. des Deckungsstockes eines VAG-Gesellschafters gehalten, darf über diese Aktien nur bei vorheriger schriftlicher Zustimmung des Treuhänders für das Sicherungsvermögen, das gebundene Vermögen oder den Deckungsstock im Sinne des § 128 VAG oder einer vergleichbaren Vorschrift oder seines Stellvertreters verfügt werden, soweit der VAG-Gesellschafter einen entsprechenden Treuhänder bestellt hat.
- (b) Verfügungen eines VAG-Gesellschafters über seine Aktien an der Gesellschaft zugunsten eines Zulässigen Erwerbers bedürfen zu ihrer Wirksamkeit nicht der vorherigen schriftlichen Zustimmung des General Partners oder einer von ihm ermächtigten Person. Derartige Verfügungen sind wirksam mit Einigung zwischen dem VAG-Gesellschafter und dem Erwerber. Zulässige Erwerber können nur institutionelle Investoren oder Finanzintermediäre sein; hierzu gehören u. a. Versicherungen, Sozialversicherungsträger, Pensionsfonds, Kapitalanlagegesellschaften, Stiftungen, Kreditinstitute sowie vergleichbare Unternehmen, sofern sie über die entsprechende Bonität (Investmentgrade-Rating) oder über ausreichende Sicherheiten verfügen. Die gesetzlichen Rechtsbehelfe des General Partners oder einer von ihm ermächtigten Person bei Verstoß der Verfügung gegen zwingendes Gesetzesrecht bzw. bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, weil die Verfügung zu wesentlich nachteiligen Folgen für

die Gesellschaft führt, bleiben unberührt. In diesen Fällen bleibt die Verfügung solange wirksam, bis die Einwände gegen die Wirksamkeit der Verfügung rechtskräftig gerichtlich festgestellt sind oder der VAG-Gesellschafter die geltend gemachten Einwände akzeptiert. Vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung zwischen dem VAG-Gesellschafter und dem Erwerber, geht die Resteinzahlungsverpflichtung mit schuldbefreiender Wirkung für den VAG-Gesellschafter auf den Erwerber über.

- (c) Jede Veräußerung der Aktien eines VAG-Gesellschafters („**VAG-Veräußerer**“) ist dem General Partner einschließlich der wesentlichen Konditionen des Veräußerungsgeschäftes, insbesondere des Kaufpreises, mindestens 20 Bankarbeitstage vor ihrem Vollzug schriftlich mitzuteilen.

#### **(5) Übrige Gesellschafter**

- (a) Für alle übrigen Gesellschafter, die weder VAG-Gesellschafter noch KVG-Gesellschafter sind, gilt der Grundsatz der freien Übertragbarkeit vorbehaltlich der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß dieses Absatzes (5) und des nachstehenden Absatzes (6).
- (b) Aktionäre können, vorbehaltlich zwingenden Gesetzesrechts, über ihre Aktien ganz oder teilweise nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des General Partners oder einer von ihm ermächtigten Person verfügen. Die Zustimmung der übrigen Gesellschafter ist nicht erforderlich.
- (c) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person entscheidet über die Erteilung der Zustimmung in seinem Ermessen. Die Zustimmung darf nicht aus unsachlichen Gründen oder unbillig verweigert werden. Ein unsachlicher oder unbilliger Grund liegt nicht vor, wenn der General Partner die Zustimmung zur Übertragung an eine Person verweigert, die mit einem Verbundunternehmen im Wettbewerb steht.
- (d) Die Zustimmung soll grundsätzlich erteilt werden, wenn der Rechtsnachfolger ein Unternehmen ist, das vom verfügenden Gesellschafter kontrolliert wird oder den verfügenden Gesellschafter kontrolliert, vorausgesetzt, der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person hat gegen den Rechtsnachfolger keine rechtlichen oder wirtschaftlichen Bedenken.

#### **(6) Gemeinsame Bestimmungen für Verfügungen**

Für sämtliche Verfügungen gemäß den vorstehenden Absätzen **Erreuer ! Source du renvoi introuvable.** bis (5) gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

- (a) Soweit nicht abweichend bestimmt, sind Verfügungen im Verhältnis zur Gesellschaft nur wirksam nach Übersendung einer Ausfertigung der Urkunde über die Verfügung in einer vom General

Partner oder einer von ihm ermächtigten Person zu bestimmenden Form. Die Verfügungsurkunde hat insbesondere die Bestimmung zu enthalten, dass der Verfügungsempfänger als Gesellschafter dieser Satzung beitrifft.

- (b) Soll die Verpflichtung zur Einzahlung der Abrufbaren Kapitalzusage mit schuldbefreiender Wirkung für den Verfügenden ganz oder teilweise auf den Erwerber oder Rechtsnachfolger übergehen, ist der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person in ihrem Ermessen berechtigt, von dem verfügenden Aktionär einen hinreichenden Nachweis zu verlangen, dass der Rechtsnachfolger finanziell in der Lage ist, die noch Abrufbare Kapitalzusage des Übertragenden zu erfüllen.
- (c) Die Gesellschaft kann von demjenigen, zu dessen Gunsten die Verfügung erfolgt (insbesondere Erwerber und Rechtsnachfolger), verlangen, dass dieser ihr diejenigen Informationen und Unterlagen zukommen lässt, die die Gesellschaft benötigt, um ihren Dokumentations- und Informationspflichten gegenüber der APPIA Master SCSp im Rahmen der Rechtsänderung nachzukommen.
- (d) Erwerber oder Rechtsnachfolger müssen die Voraussetzungen für Professionelle oder Semi-Professionelle Anleger im Sinne des KAGB erfüllen.
- (e) Sämtliche nachgewiesenen Aufwendungen oder Belastungen, die der Gesellschaft aufgrund oder im Zusammenhang mit der Verfügung über Aktien bzw. dem Übergang von Aktien entstehen, sind vom verfügenden Gesellschafter bzw. im Fall der Rechtsnachfolge von dessen Rechtsnachfolger zu tragen.
- (f) Die Übertragung von Aktien der Gesellschaft an US-Personen ist ausgeschlossen.

## **§ 21**

### **Gesellschafterbeschlüsse, Gesellschafterversammlung**

#### **(1) Beschlussgegenstände**

Die Gesellschafter beschließen über die folgenden Angelegenheiten:

- (a) Änderungen und Ergänzungen dieser Satzung sowie die Auflösung der Gesellschaft;
- (b) sonstige Beschlussgegenstände, soweit dies in dieser Satzung oder gemäß zwingendem Gesetzesrecht vorgesehen ist.

#### **(2) Gesellschafterbeschlüsse**

- (a) Gesellschafterbeschlüsse werden im Ermessen des General Partners oder einer vom ihm ermächtigten Person auf Gesellschafterversammlungen oder außerhalb von Gesellschafterversammlungen in Textform (einschließlich E-Mail)

oder unter Nutzung anderer technischer, insbesondere elektronischer Möglichkeiten im Umlaufverfahren gefasst.

- (b) Soll ein Gesellschafterbeschluss im Umlaufverfahren gefasst werden, sind alle Gesellschafter an der Beschlussfassung zu beteiligen. Für die Stimmabgabe ist grundsätzlich eine Frist von mindestens drei (3) Wochen nach Aufforderung zur Stimmabgabe zu setzen, es sei denn der Beschlussgegenstand erfordert eine kürzere Frist im Einklang mit dem Gesetz von 1915. Äußert sich ein Gesellschafter innerhalb der Frist nicht, gelten die auf ihn entfallenden Stimmen als nicht abgegeben; die Wirksamkeit der Beschlussfassung wird dadurch nicht berührt. Der General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person teilt den übrigen Gesellschaftern nach Ablauf der Stimmabgabefrist den Ausgang der Beschlussfassung im Umlaufverfahren mit.
- (c) Jede volleinbezahlte Aktie vermittelt eine Stimme, Aktienbruchteile vermitteln keine Stimme. Im Übrigen steht dem General Partner eine Stimme zu. Der General Partner kann Aktionäre das Recht einräumen, die auf ihre Aktien entfallenden Stimmen unterschiedlich ausüben, je nachdem, welche Weisungen der Aktionär von seinen wirtschaftlich berechtigten Investoren erhalten hat.

### **(3) Mehrheiten**

- (a) Vorbehaltlich der Bestimmungen gemäß dieser Satzung und zwingendem Gesetzesrecht bedürfen Gesellschafterbeschlüsse der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (b) Beschlüsse gemäß Absatz (1) Buchst. (a) bedürfen eines Anwesenheitsquorums von 50% des Gesellschaftskapitals und einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen und der Zustimmung des General Partners.
- (c) Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen und lassen die Wirksamkeit der Beschlussfassung unberührt.

### **(4) Jahreshauptversammlung / Ort für Gesellschafterversammlungen**

Die Jahreshauptversammlung wird, im Einklang mit luxemburgischem Recht, innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Geschäftsjahrs am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Ladung angegebenen Ort im Großherzogtum Luxemburg abgehalten.

Andere Gesellschafterversammlungen können an den Orten im Großherzogtum Luxemburg und zu den Zeiten, die in der jeweiligen Ladung angegeben sind, abgehalten werden.

### **(5) Einberufung von Gesellschafterversammlungen**

- (a) Gesellschafterversammlungen werden durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person mit einer Ladungsfrist von mindestens drei (3) Wochen schriftlich unter Angabe der Zeit, des

Ortes und der Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beginnt zu laufen mit (i) Beginn des dritten Tags nach Absendung der Einladung an die letzte der Gesellschaft bekannte Adresse des Gesellschafters oder (ii) mit Übermittlung per E-Mail und nachfolgender Versendung einer Bestätigungskopie.

- (b) Jeder Gesellschafter hat das Recht, eine Ergänzung der Tagesordnung zu verlangen; ein solches Verlangen ist spätestens zehn Werktage vor Abhaltung der Gesellschafterversammlung an den General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person zu stellen.
- (c) Aktionäre, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals auf sich vereinen, können vom General Partner oder einer vom ihm ermächtigten Person verlangen, dass sie eine Gesellschafterversammlung einberufen. Ein solches Verlangen hat schriftlich zu erfolgen und hat die Tagesordnung für die Gesellschafterversammlung zu beinhalten. Die Einberufung erfolgt durch den General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person innerhalb von einem (1) Monat nach Erhalt des vollständigen Einberufungsverlangens.

#### **(6) Beschlussfähigkeit; Vertretung**

- (a) Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn bei der Gesellschafterversammlung Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, die mindestens 50 % des Gesellschaftskapitals auf sich vereinigen. Ist eine Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, ist die Gesellschafterversammlung unter Beachtung der Bestimmungen in vorstehendem Absatz (5) mit derselben Tagesordnung erneut zu laden. Die zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden oder vertretenen Gesellschafter beschlussfähig, wenn darauf in der erneuten Ladung hingewiesen wurde.
- (b) Ein Gesellschafter kann sich bei der Gesellschafterversammlung durch eine andere Person (z.B. Verwahrstelle), die kein Gesellschafter sein muss, und Mitglied der Geschäftsführung des General Partners oder von Verbundunternehmen sein kann, vertreten lassen. Der General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person kann zum Nachweis der Bevollmächtigung die Vorlage einer schriftlichen Vollmacht verlangen.

#### **(7) Vorsitz, Niederschrift**

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung übernimmt ein Geschäftsführer des General Partners oder eine vom ihm ermächtigte Person. Der Vorsitzende oder ein von ihm Beauftragter hat über den Gang der Gesellschafterversammlung eine schriftliche Niederschrift anzufertigen. Nach Abhaltung der Gesellschafterversammlung versendet der General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person an jeden Gesellschafter eine Kopie der Niederschrift.

## **§ 22**

### **Wettbewerb**

Der General Partner, der AIFM und die übrigen Aktionäre unterliegen keinem Wettbewerbsverbot.

## **§ 23**

### **Interessenwahrung, Vertraulichkeit**

#### **(1) Grundsatz**

- (a) Vorbehaltlich der Ausnahmen in diesem § 23 dürfen Aktionäre Informationen über die Gesellschaft, ihre Gesellschafter, die Verbundunternehmen, die APPIA Master SCSp, die Zielfonds (einschließlich der von den Zielfonds gehaltenen Unternehmen) oder sonstige Informationen, die ihnen auf Grund ihrer Beteiligung an der Gesellschaft bekannt werden („**Vertrauliche Informationen**“), nicht offenlegen oder zum Nachteil der Gesellschaft, ihre Gesellschafter, der Verbundunternehmen, der APPIA Master SCSp, der Zielfonds (einschließlich der von den Zielfonds gehaltenen Unternehmen) oder der übrigen Gesellschafter verwenden (ausgenommen bei Ansprüchen gegen eine Person wegen Verstoßes gegen seine Verpflichtungen gemäß dieser Satzung).
- (b) Jeder Aktionär ist verpflichtet, die ihm im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der Gesellschaft bekannt gewordenen Informationen (einschließlich der Informationen über eine beabsichtigte Beteiligung) streng vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung umfasst insbesondere die Verpflichtung, nach besten Kräften zu verhindern, dass Vertrauliche Informationen dritten Personen zugänglich werden, die nicht Gesellschafter oder zur Vertraulichkeit verpflichtete Beauftragte von Gesellschaftern sind.

#### **(2) Ausnahmen**

- (a) Ein Aktionär kann Vertrauliche Informationen gegenüber seinen Mitarbeitern und Beratern offen legen, wenn diese Mitarbeiter und Berater entweder gesetzlich oder auf andere Weise zur strengen Vertraulichkeit verpflichtet sind oder der Gesellschaft gegenüber eine mit dem vorstehenden Absatz (1) inhaltlich vergleichbare Verpflichtung abgeben.
- (b) Ein Aktionär, der seinerseits verbundenes Unternehmen einer Muttergesellschaft ist, kann Vertrauliche Informationen gegenüber seiner Muttergesellschaft offen legen, wenn der Muttergesellschaft zu Gunsten der Gesellschaft eine mit dem vorstehenden Absatz (1) inhaltlich vergleichbare Vertraulichkeitspflicht obliegt.
- (c) Im Zusammenhang mit der Übertragung seiner Aktien darf ein Aktionär Informationen offen legen, wenn und soweit der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person der Offenlegung

vorher zugestimmt hat und der Erwerbsinteressent eine von dem General Partner oder einer von ihm ermächtigten Person akzeptierte, mit dem vorstehenden Absatz (1) inhaltlich vergleichbare Vertraulichkeitsverpflichtung gegenüber der Gesellschaft abgegeben hat.

- (d) Ist ein Aktionär seinerseits ein Anlageprogramm mit Berichtspflichten gegenüber seinen Investoren und hat er dies dem General Partner in der Zeichnungsvereinbarung offen gelegt, so ist der Aktionär berechtigt, die nachfolgenden Informationen (einschließlich Berichte, Informationen und Dokumente über die Gesellschaft) seinen Investoren (einschließlich potentiellen Investoren) offenzulegen bzw. weiterzugeben, sofern die Empfänger Vertraulichkeitsverpflichtungen für diese Informationen eingegangen sind, die inhaltlich mit der Vertraulichkeitsverpflichtung aus dieser Satzung gleichwertig oder strenger sind, es sei denn, der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person hat die Offenlegung dieser Informationen ausdrücklich schriftlich untersagt. Bei den Informationen, die derartige Aktionäre offenlegen dürfen, handelt es sich um die folgenden:
- (i) den Namen der APPIA Master SCSp, die Summe ihrer Kapitalzusagen, die Währung der APPIA Master SCSp und das Gründungsjahr;
  - (ii) den Namen der Gesellschaft, die Summe ihrer Kapitalzusagen, die Währung der Gesellschaft und das Gründungsjahr;
  - (iii) den Betrag der Kapitalzusage des betreffenden Aktionärs, seiner Kapitaleinzahlungen und seiner Abrufbaren Kapitalzusage;
  - (iv) den Betrag an erfolgten Auszahlungen an den Aktionär;
  - (v) die interne Verzinsung auf die Investition des Aktionärs in die Gesellschaft sowie weitere Kennzahlen und Informationen, die der Aktionär mithilfe der Informationen aus den vorstehenden Unterabsätzen (i) und (ii) berechnet hat;
  - (vi) den Nettoinventarwert der Investition des Aktionärs in die Gesellschaft;
  - (vii) die erfolgreiche Durchführung des Erwerbs einer Zielfondsbeteiligung durch die der APPIA Master SCSp sowie das Erwerbsdatum;
  - (viii) den Prozentsatz der Beteiligung der der APPIA Master SCSp an einem Zielfonds;
  - (ix) die Namen der von der der APPIA Master SCSp gehaltenen

Zielfonds, eine allgemeine Beschreibung ihrer Geschäftstätigkeit, Informationen über den Investitionsfokus und geographische Lage dieses Zielfonds sowie eine Beschreibung und Kommentierung des aktuellen Geschäfts, von Schlüsselereignissen und von Entwicklungen in jedem dieser Zielfonds;

- (x) die Gesamtkosten der Investition in einen Zielfonds, deren verbleibenden Kosten, die erhaltenen Auszahlungen aus dieser Investition, der verbleibende Wert, der Kostenfaktor und die zusammengerechneten Beträge aus den Informationen gemäß diesem Unterabsatz (x);
  - (xi) der Buchwert der Beteiligung des Aktionärs an der Gesellschaft jeweils zum Quartalsende (entsprechend den Berichten der Gesellschaft an ihre Aktionäre);
  - (xii) eine kurze Beschreibung der Anlagestrategie der der APPIA Master SCSp; sowie
  - (xiii) weitere mit dem General Partner oder mit einer von ihm ermächtigten Person vereinbarte Informationen.
- (e) Der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person kann jeden Aktionär nach seinem Ermessen ganz oder teilweise von der Vertraulichkeitsverpflichtung dieses § 23 entbinden.
- (f) Jeder Aktionär ist berechtigt, vertrauliche Informationen offenzulegen, soweit die Offenlegung erforderlich ist, um zwingendes Recht einzuhalten, das auf den Aktionär anwendbar ist.

### **(3) Laufzeit**

Die Bestimmungen dieses § 23 gelten für einen Zeitraum von zwei (2) Jahren nach endgültiger Auflösung der Gesellschaft sowie für einen Zeitraum von fünf (5) Jahren nach dem Ausscheiden eines Aktionärs, gleich aus welchem Grund, fort.

## **§ 24**

### **Interessenkonflikte**

Kein Vertrag oder anderes Geschäft, der/das zwischen der Gesellschaft und einem Dritten abgeschlossen wird, wird von der Tatsache, dass einer oder mehrere Geschäftsführer des General Partners ein Interesse an diesem Dritten haben oder ein Vorstandsmitglied, Partner, Vertreter oder Angestellter dieses Dritten sind, beeinträchtigt oder außer Kraft gesetzt. Jeder Geschäftsführer des General Partners, der zugleich ein Vorstandsmitglied, Vertreter oder Angestellter eines Dritten ist, mit dem die Gesellschaft Geschäfte macht, ist nicht aufgrund dieser Verbindung mit dem Dritten daran gehindert, in Angelegenheiten zu handeln, die dieses Geschäft betreffen.

Interessenkonflikte im Zusammenhang mit Geschäften der Gesellschaft



werden im Einklang mit den vom AIFM festgelegten Grundsätzen für den Umgang mit Interessenkonflikten gelöst.

## **§ 25**

### **Laufzeit**

Die Gesellschaft läuft bis zur Vollbeendigung (Abschluss der Liquidation) der APPIA Master SCSp, oder, sofern später, bis zur Vollbeendigung etwaiger Annexfonds oder Annex-Liquidationsfonds, an denen sich die Gesellschaft beteiligt hat.

Die Laufzeit endet vorzeitig bei Eintritt eines der Ereignisse gemäß § 26(1), vorbehaltlich der dort vorgesehenen Verlängerungsmöglichkeit.

## **§ 26**

### **Vorzeitige Beendigung**

#### **(1) Ereignisse**

Ungeachtet der Bestimmungen in § 25 endet die Gesellschaft bei Eintritt eines der nachfolgenden Ereignisse:

- (a) Auflösung des General Partners, wobei klargestellt wird, dass eine Verschmelzung oder ein Formwechsel des General Partners keine Auflösung begründet; oder
- (b) Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des General Partners oder Ablehnung der Eröffnung eines derartigen Verfahrens mangels Masse.

#### **(2) Fortsetzung der Gesellschaft**

Trotz Eintritts eines der vorstehenden Ereignisse besteht die Gesellschaft fort, wenn innerhalb von neunzig (90) Tagen nach Eintritt eines der vorstehenden Ereignisse die Aktionäre, die mindestens zwei Drittel des Gesellschaftskapitals auf sich vereinigen, die Fortsetzung der Gesellschaft beschließen und einen neuen General Partner als Nachfolger bestellen. In diesem Fall scheidet der bisherige General Partner mit dem Beschluss zur Fortsetzung der Gesellschaft und Bestellung des neuen General Partners aus der Gesellschaft aus.

## **§ 27**

### **Auflösung der Gesellschaft**

#### **(1) Liquidator**

- (a) Bei nicht gerichtlicher Auflösung der Gesellschaft ist der General Partner oder eine vom ihm ermächtigte Person der Liquidator der Gesellschaft und liquidiert das Gesellschaftsvermögen. Bei gerichtlicher Auflösung gelten die Vorschriften des Gesetzes von 1915.
- (b) Für den Fall einer vorzeitigen Beendigung gemäß § 26(1) wird die Gesellschaft durch einen Liquidator abgewickelt, der von den Aktionären mit einer Mehrheit von mehr als 50 % des

Gesellschaftskapitals bestimmt worden ist.

- (c) Der Liquidator hat Anspruch auf eine angemessene Vergütung.

## **(2) Verteilung der Liquidationserlöse**

Die Gewinne, Verluste und Erlöse aus der Liquidation des Gesellschaftsvermögens werden den Gesellschaftern in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des (e) und des § 10 ausgezahlt und zugewiesen.

## **(3) Weitere auf die Liquidation anwendbare Bestimmungen**

Im Übrigen gelten in Bezug auf das Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander sowie der Gesellschaft zu Dritten bis zur Beendigung der Liquidation die Bestimmungen dieser Satzung entsprechend.

## **§ 28**

### **Bewertung des Gesellschaftsvermögens**

Soweit nach den Bestimmungen dieser Satzung eine Bewertung der Beteiligung an APPIA Master SCSp erforderlich ist und nichts anderes ausdrücklich bestimmt ist, ist der jeweils letzte von APPIA Master SCSp berechnete Nettoinventarwert maßgeblich.

## **§ 29**

### **Jahresabschluss, Prüfung**

#### **(1) Jahresabschluss und Prüfung**

- (a) Die Bücher der Gesellschaft werden in Euro geführt. Der Jahresabschluss wird innerhalb der gesetzlichen Fristen nach den in Luxemburg geltenden Rechnungslegungsgrundsätzen (Lux GAAP) aufgestellt und geprüft. Soweit die für RAIF geltenden Bestimmungen besondere Anforderungen für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses enthalten, sind diese besonderen Anforderungen bei der Gesellschaft zu berücksichtigen.
- (b) Die im Jahresbericht der Gesellschaft enthaltenen Buchhaltungsdaten werden durch einen unabhängigen luxemburgischen, international anerkannten Wirtschaftsprüfer (*réviseur d'entreprises agréé*) geprüft, der von einer Gesellschafterversammlung bestellt und von der Gesellschaft bezahlt wird. Der Wirtschaftsprüfer erfüllt sämtliche vom luxemburgischen Recht vorgeschriebenen Pflichten.

#### **(2) Aufbewahrungsfrist**

Die Geschäftsbücher der Gesellschaft sind während der gesetzlich vorgeschriebenen Zeiträume aufzubewahren, mindestens jedoch für die Dauer der Gesellschaft und für zehn Jahre danach.

## **§ 30**

### **Berichtswesen, Verfügbare Unterlagen**

#### **(1) Jahresberichte**

Der General Partner oder eine von ihm bevollmächtigte Person erstellt einen Jahresbericht der Gesellschaft mit den folgenden Angaben:

- (a) den Jahresabschluss der Gesellschaft für das betreffende Geschäftsjahr, der durch den gemäß § 29(1)(b) bestellten Wirtschaftsprüfer geprüft worden ist;
- (b) einen Bericht über die Entwicklung der Anlagen der APPIA Master SCSp im abgelaufenen Geschäftsjahr auf der Basis der von APPIA Master SCSp übermittelten Informationen. Dieser Bericht kann durch einen Quartalsbericht nach § 30(3) erfolgen.

Der Jahresbericht wird jedem Gesellschafter übersandt und ist binnen sechs (6) Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres durch die Gesellschafterversammlung zu genehmigen.

#### **(2) Hinterlegung**

Der General Partner oder eine von ihm bevollmächtigte Person hinterlegt jeden Jahresbericht binnen eines (1) Monats nach der Billigung durch die Gesellschafterversammlung, d.h. spätestens sieben (7) Monate nach dem Ende eines Geschäftsjahres, beim Handels- und Gesellschaftsregister und vermerkt die erfolgte Hinterlegung im RESA.

#### **(3) Quartalsberichte**

Innerhalb von drei (3) Monaten nach dem jeweiligen Ende des Geschäftsjahresquartals übersendet der General Partner oder eine von ihm bevollmächtigte Person jedem Gesellschafter einen ungeprüften Quartalsbericht über die Entwicklung der Zielfonds der APPIA Master SCSp.

#### **(4) Verfügbare Unterlagen**

Die Kopien folgender Unterlagen sind am Sitz der Gesellschaft während der üblichen Geschäftszeiten an jedem Bankarbeitstag durch die Aktionäre einsehbar:

- diese Satzung;
- das Emissionsdokument der Gesellschaft in der jeweils aktuellen Fassung;
- die Vereinbarung zur Bestellung des AIFM als Verwalter alternativer Investmentfonds der Gesellschaft;
- die Vereinbarungen mit der Verwahrstelle, Register- und Transferstelle und der Zentralen Verwaltungsstelle;
- Kopien sämtlicher Mitteilungen an den betreffenden Einsicht nehmenden Aktionär;
- sämtliche Jahresberichte der Gesellschaft;

- der Gesellschaftsvertrag der APPIA Master SCSp;
- das Emissionsdokument der APPIA Master SCSp in der jeweils aktuellen Fassung;
- die Vereinbarungen der APPIA Master SCSp mit deren Manager, Portfolio Manager, Investor Service Provider, Verwahrstelle, Register- und Transferstelle und Zentralen Verwaltungsstelle;
- Kopien sämtlicher Mitteilungen der APPIA Master SCSp an die Gesellschaft, sofern sie zumindest auch den Einsicht nehmenden Aktionär betreffen;
- sämtliche Jahresberichte der APPIA Master SCSp; und
- die Informationen des Artikels 21 (1) und (2) vom Gesetz von 2013.

Des Weiteren kann der jeweils zuletzt ermittelte Nettoinventarwert der APPIA Master SCSp sowie alle sonstigen, für die Gesellschafter bestimmten Informationen jederzeit am Sitz der Gesellschaft erfragt werden.

## **§ 31**

### **Freistellung**

#### **(1) Freistellungsberechtigte; Ansprüche**

In dem weitest möglichen Umfang stellt die Gesellschaft den General Partner, von ihm bevollmächtigte Personen, insbesondere den AIFM, die Verbundunternehmen, ihre jeweiligen Gesellschafter, Organe, Angestellten und Beauftragten (jeweils der „**Freistellungsberechtigte**“ und zusammen die „**Freistellungsberechtigten**“) von allen Verlusten, Ansprüchen, Schäden und Verbindlichkeiten (einschließlich Kosten der Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung) aus oder im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der Gesellschaft oder ihren Tätigkeiten für die Gesellschaft oder die APPIA Master SCSp (zusammen die „**Ansprüche**“) frei mit Ausnahme (i) von Ansprüchen der Gesellschaft oder von Aktionären gegen den Freistellungsberechtigten, (ii) von Ansprüchen, die auf einer grob fahrlässigen, vorsätzlichen, betrügerischen oder auf einem Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung dieser Satzung (im Falle zumindest einfacher Fahrlässigkeit) beruhenden Pflichtverletzung des Freistellungsberechtigten beruhen.

#### **(2) Einschränkungen**

Vor Inanspruchnahme der Gesellschaft hat jeder Freistellungsberechtigte Freistellungsansprüche gegenüber sonstigen Freistellungsverpflichteten geltend zu machen, insbesondere gegenüber der APPIA Master SCSp, wenn und soweit Ansprüche aus der Tätigkeit für die APPIA Master SCSp resultieren, sowie ggf. gegenüber Versicherungen aufgrund von Versicherungsverträgen (zusammen die „**Freistellungsverpflichteten**“).

Die Verpflichtung der Gesellschaft zur Freistellung reduziert sich in dem Umfang, in dem der Freistellungsberechtigte Freistellung erlangt. Die Freistellung hat auf erstes Anfordern des Freistellungsberechtigten zu erfolgen, nachdem der Freistellungsberechtigte versucht hat, erfolglos die Freistellungsverpflichteten in Anspruch zu nehmen. Jeder Freistellungsberechtigte hat solange Anspruch auf Freistellung, bis rechtskräftig festgestellt worden ist, dass der Anspruch auf vorsätzlichem, grob fahrlässigem, betrügerischem oder auf einem Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung dieser Satzung (im Falle zumindest einfacher Fahrlässigkeit) beruhendem Verhalten des betreffenden Freistellungsberechtigten beruht; in diesem Fall ist der Freistellungsberechtigte zur Rückerstattung erhaltener Zahlungen auf seinen Freistellungsanspruch verpflichtet.

### **(3) Kapitaleinzahlungen**

Reichen die liquiden Mittel der Gesellschaft nicht aus, um die Pflichten der Gesellschaft gemäß diesem § 31 zu erfüllen, ist der General Partner oder eine von ihm bevollmächtigte Person berechtigt, zusätzliches Kapital von den Aktionären abzurufen. Der Kapitalabruf kann auch die Rückforderung erhaltener Auszahlungen verlangen, wobei jedoch der gesamte Betrag, den ein Gesellschafter gemäß diesem Satz 2 zu zahlen hat, einen Betrag von 25 % seiner Kapitalzusage nicht übersteigen darf. Außerdem gilt, dass (i) eine solche Haftung des Gesellschafters nur gegenüber der Gesellschaft, nicht aber gegenüber Dritten besteht und (ii) die Haftung mit Ablauf von 24 Monaten erlischt, nachdem die Auflösung der Gesellschaft erfolgt ist.

## **§ 32**

### **Änderungen der Satzung, Nebenvereinbarungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand, Anerkennung von gerichtlichen Urteilen**

#### **(1) Satzungsänderungen**

Diese Satzung kann mit Zustimmung des General Partners von Zeit zu Zeit von der Gesellschafterversammlung unter Berücksichtigung der Anforderungen an die Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse, die im Gesetz von 1915 in seiner jeweils geltenden Fassung dargelegt sind, geändert werden.

#### **(2) Begriffsbestimmungen**

Begriffe, die sich auf einen männlichen Artikel beziehen, schließen auch die weibliche Fassung mit ein und Begriffe, die sich auf Personen oder Aktionäre/Gesellschafter beziehen, schließen auch Gesellschaften, Partnerschaften und jedwede andere organisierte Gruppe von Personen, ob in Form einer Gesellschaft oder nicht, mit ein.

### § 33

#### Anwendbares Recht

Sämtliche Angelegenheiten, die in dieser Satzung nicht ausdrücklich behandelt werden, unterliegen den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 und dem RAIF Gesetz, in ihrer jeweils geltenden Fassung.

### § 34

#### Definitionen

Die nachfolgenden Definitionen sind Bestandteil dieser Satzung.

- (1) **„Abrufbare Kapitalzusage“** ist der Teil der Kapitalzusage jedes Aktionärs, den der General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person noch zur Einzahlung bei der Gesellschaft abrufen kann.
- (2) **„Aktionäre“** sind die Aktionäre der Gesellschaft gemäß § 4(1)(b).
- (3) **„Annexfonds“** sind die von der APPIA Master SCSp im Falle eines sog. Roll-Overs ggf. errichteten Vehikel.
- (4) **„Annex-Liquidationsfonds“** sind die von der APPIA Master SCSp im Falle eines sog. Roll-Overs ggf. errichteten Vehikel.
- (5) **„Anrechenbare Steuern“** sind sämtliche für Rechnung der Gesellschafter abgeführten oder als abgeführt geltenden Steuern, insbesondere Kapitalertragsteuern. Anrechenbare Steuern gelten zu dem Zeitpunkt als von der Gesellschaft vereinnahmt und an die Gesellschafter ausgezahlt, in dem die Anrechenbare Steuer für Rechnung der Gesellschafter abgeführt wurde oder als abgeführt gilt.
- (6) **„Ansprüche“** bezeichnet für Zwecke der Freistellungsregeln nach § 31(1) die Verluste, Ansprüche, Schäden und Verbindlichkeiten (einschließlich Kosten der Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung) aus oder im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der Gesellschaft oder den Tätigkeiten der Freistellungsberechtigten für die Gesellschaft.
- (7) **„APPIA Master SCSp“** bezeichnet die APPIA II Global Infrastructure Portfolio SCSp, eine Spezial-Kommanditgesellschaft (*société en commandite spéciale*) nach luxemburgischem Recht.
- (8) **„Ausgleichszahlung“** ist die von einem Weiteren Aktionär gemäß § 5(2)(a) zu leistende Kapitaleinzahlung.
- (9) **„Ausgleichszins“** ist der von einem Weiteren Aktionär gemäß § 5(2)(b) zusätzlich zu der Ausgleichszahlung zu leistende Betrag, der die Abrufbare Kapitalzusage des Weiteren Aktionärs jedoch nicht mindert.
- (10) **„Ausschüttungsfähige Liquidität“** umfasst die liquiden Mittel der Gesellschaft abzüglich einer angemessenen Liquiditätsreserve zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber der APPIA Master SCSp, zur Finanzierung künftiger Kosten der Ge-

sellshaft gemäß § 11 sowie sonstigen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen der Gesellschaft für Re-Investitionen gemäß § 10(3).

- (11) „**Auszahlungen**“ sind sämtliche Auszahlungen der Gesellschaft an ihre Gesellschafter (einschließlich etwaiger bei den Gesellschaftern Anrechenbaren Steuern).
- (12) „**Bewertungstag**“ ist jeder Tag, an dem der Nettoinventarwert berechnet wird.
- (13) „**Bestehende Aktionäre**“ sind die Aktionäre, die vor einem nachfolgenden Zeichnungsschluss aufgenommen wurden.
- (14) „**CSSF**“ ist die *Commission de Surveillance du Secteur Financier*.
- (15) „**Erster Zeichnungsschluss**“ ist der Tag, an dem die APPIA Master SCSp ihren ersten Zeichnungsschluss vornimmt.
- (16) „**Feeder Annexfonds**“ sind die gemäß § 14(2) im Falle eines sog. Roll Overs durch den General Partner oder ein Verbundunternehmen zu gründenden Vehikel.
- (17) „**Freistellungsberechtigte**“ bezeichnet die in § 31(1) aufgeführten Personen.
- (18) „**Freistellungsverpflichtete**“ bezeichnet die in § 31(2) aufgeführten Personen.
- (19) „**General Partner**“ ist die APPIA General Partner S.à r.l.
- (20) „**Geschäftstag**“ ist jeder Tag, an dem die Geschäftsbanken in Luxemburg für den Publikumsverkehr geöffnet sind.
- (21) „**Gesellschaft**“ ist die APPIA II Global Infrastructure Portfolio Feeder SCA SICAV-RAIF.
- (22) „**Gesellschafter**“ sind der General Partner und die übrigen Aktionäre.
- (23) „**Gesetz von 1915**“ ist das Gesetz des Großherzogtums Luxemburg vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, in der aktuell geltenden Form.
- (24) „**Gesetz von 2013**“ ist das Gesetz des Großherzogtums Luxemburg vom 12. Juli 2013 über Verwalter alternativer Investmentfonds, in der aktuell geltenden Form.
- (25) „**Gründungsaktionär**“ ist die SOLUTIO AG Anlagekonzepte für Institutionen.
- (26) „**Gründungskosten**“ sind die angefallenen Kosten bei der Errichtung und Gründung der Gesellschaft gemäß § 11(1).
- (27) „**KAGB**“ ist das deutsche Kapitalanlagegesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung oder wie jeweils ersetzt.

- (28) „**Kapitalabruf**“ ist die in Textform (einschließlich E-Mail oder anderer elektronischer Textform) zu fassende Aufforderung durch den General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person an die Aktionäre(i) Einzahlungen in Euro auf ihre Kapitalzusagen vorzunehmen oder (ii) Auszahlungen zurückzuzahlen gemäß dieser Satzung, in beiden Fällen mit einer Abruffrist von mindestens fünf (5) Geschäftstagen.
- (29) „**Kapitaleinzahlung**“ ist der vom General Partner oder eine von ihm ermächtigte Person durch Kapitalabruf zur Einzahlung abgerufene und von den Aktionären eingezahlte Betrag.
- (30) „**Kapitalzusage**“ ist der von einem Aktionär gemäß § 5(1) zugesagte Kapitalbetrag bzw. von dessen Rechtsnachfolger übernommene Betrag.
- (31) „**KVG-Gesellschafter**“ ist ein Aktionär, der ein offener Investmentfonds in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des KAGB ist und der vom General Partner als KVG-Gesellschafter anerkannt wurde.
- (32) „**Letzter Zeichnungsschluss**“ ist entweder (i) der vom General Partner oder durch eine von ihm ermächtigte Person als letzter Zeichnungsschluss bestimmte Tag oder, sofern früher, (ii) der Tag, an dem 24 Monate nach dem Ersten Zeichnungsschluss vergangen sind.
- (33) „**Manager**“ bzw. „**AIFM**“ ist die vom General Partner für die Gesellschaft als Alternativer Investment Fund Manager gemäß dem Gesetz von 2013 beauftragte Einheit.
- (34) „**Nachfolgender Zeichnungsschluss**“ ist der Tag der Fälligkeit der ersten Kapitaleinzahlung der Weiteren Aktionäre gemäß § 5.
- (35) „**Personen**“ sind alle juristischen oder natürlichen Personen.
- (36) „**Privatanleger**“ sind in Deutschland ansässige Personen, die nicht die Voraussetzungen eines Professionellen Anlegers oder eines Semi-Professionellen Anlegers erfüllen und damit nicht in die Gesellschaft aufgenommen werden dürfen.
- (37) „**Professioneller Anleger**“ sind Personen, die die Voraussetzungen als professioneller Anleger im Sinne der EU-Richtlinie 2004/39/EG ("MiFID"), Anhang II erfüllen.
- (38) „**RAIF**“ ist ein reservierter alternativer Investmentfonds gemäß dem RAIF Gesetz.
- (39) „**RAIF Gesetz**“ ist das Gesetz des Großherzogtums Luxemburg vom 23. Juli 2016 über reservierte alternative Investmentfonds, in der aktuell geltenden Form.
- (40) „**RESA**“ ist die elektronische Veröffentlichungsplattform *Recueil Electronique des Sociétés et Associations*.



- (41) „**Roll-Overs**“ bezeichnet gemäß § 14(2) eine Situation, in der verschiedene Zielfonds vor oder zum Ende der Laufzeit der APPIA Master SCSp nicht beendet werden, sondern durch Roll-Over ihres Portfolios weiter fortgeführt werden und ihren Investoren (und damit auch der Gesellschaft) die Möglichkeit einräumen, an den fortgeführten Infrastrukturanlagen weiter zu partizipieren.
- (42) „**Satzung**“ ist die Satzung der Gesellschaft in der jeweils geltenden Fassung.
- (43) „**Säumiger Aktionär**“ ist ein Aktionär gemäß § 6(1), der mit einer fälligen Zahlung in Verzug ist.
- (44) „**Semi-Professioneller Anleger**“ sind die Personen, die die Voraussetzungen als semi-professioneller Anleger im Sinne des § 1 Abs. (19) Nr. 33 des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs erfüllen.
- (45) „**Side Letter**“ sind vertragliche Nebenabreden oder vergleichbare Absprachen zur Satzung, zum Emissionsdokument, zur Zeichnungsvereinbarung oder zu sonstigen Aspekten mit einem oder mehreren Aktionären gemäß § 4(4).
- (46) „**Textform**“ ist jede lesbare Nachricht, in der der Ersteller der entsprechenden Nachricht genannt wird oder erkennbar ist. Sie umfasst daher – im Gegensatz zur Schriftform – neben klassischen Schriftstücken auch Telefax-Nachrichten (auch ohne Unterschrift oder ohne verkörpertes Original direkt aus einem Computer durch Computerfax), maschinell erstellte Briefe, E-Mail-, Telegramm- oder vergleichbare Nachrichten.
- (47) „**US-Personen**“ sind Staatsangehörige und Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika oder der sonstigen, US-Gerichtsbarkeit unterstehenden Territorien (inbegriffen sind insoweit die Rechtsnachfolger der Personen) sowie Kapital- oder Personengesellschaften, die dort gegründet oder domiziliert sind.
- (48) „**VAG-Anteil**“ ist der Anteil eines VAG-Gesellschafters an der Gesellschaft.
- (49) „**VAG-Gesellschafter**“ ist eine Person, die mittelbar oder unmittelbar einer deutschen Versicherungsaufsicht gemäß den Bestimmungen des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes oder eines entsprechenden deutschen Landesgesetzes bzw. darunter erlassener Verordnungen unterliegt und deren Status als VAG-Gesellschafter vom General Partner schriftlich bestätigt worden ist.
- (50) „**VAG-Veräußerer**“ ist ein VAG-Gesellschafter, der seinen VAG-Anteil veräußert.
- (51) „**Verbundunternehmen**“ sind der General Partner, der Gründungsaktionär, der Manager sowie die Unternehmen, die von ihnen kontrolliert werden oder die sie kontrollieren. Die Gesellschaft ist kein Verbundunternehmen.

- (52) „**Vertrauliche Informationen**“ sind die Informationen gemäß § 23(1).
- (53) „**Verwahrstelle**“ ist die vom General Partner und dem Manager als Verwahrstelle der Gesellschaft ernannte Einheit.
- (54) „**Weiterer Aktionär**“ ist ein Aktionär, der nach dem Ersten Zeichnungsschluss der Gesellschaft beitrifft oder seine Kapitalzusage erhöht.
- (55) „**Wirtschaftsprüfer**“ ist der von der Gesellschafterversammlung ernannte, unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfer (*réviseur d'entreprises agréé*) der Gesellschaft.
- (56) „**Zeichnungskapital**“ ist die Summe der Kapitalzusagen der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft zum Letzten Zeichnungsschluss.
- (57) „**Zeichnungsvereinbarung**“ ist die Vereinbarung zwischen einem Aktionär und der Gesellschaft, in der der Aktionär mit der Gesellschaft die Übernahme von Kommanditaktien an der Gesellschaft und eine Kapitalzusage vereinbart.
- (58) „**Zielfonds**“ sind die in der Anlagepolitik der APPIA Master SCSp beschriebenen Unternehmen und Gesellschaften, in die die Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar investiert.
- (59) „**Zulässiger Erwerber**“ ist der Erwerber der Aktien eines VAG-Gesellschafters gemäß § 20(4)(b).

#### **Übergangsbestimmungen**

Das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am Tag ihrer Gründung und endet am 31. Dezember 2017.

Die erste Jahreshauptversammlung der Aktionäre der Gesellschaft findet am 3. Mai 2018 statt.

#### **Gründungskapital der Gesellschaft – Zeichnung und Zahlung**

Das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt dreißigtausend Euro (EUR 30.000,-) vertreten durch einen (1) Komplementäraktie und neunundzwanzig (29) Kommanditaktien, ohne Nennwert.

Die Aktien der Gesellschaft sind wie folgt gezeichnet worden:

<b>Name des Zeichnenden</b>	<b>Anzahl der gezeichneten Aktien</b>
<b>APPIA General Partner S.à r.l.</b>	eine(1) Komplementäraktie
<b>SOLUTIO AG Anlagekonzepte für Institutionen</b>	neunundzwanzig (29) Kommanditaktien

Sämtliche derart gezeichneten Aktien der Gesellschaft sind voll in bar einbezahlt, so dass der Betrag von dreißigtausend Euro (EUR 30.000,-)

der Gesellschaft mit sofortiger Wirkung uneingeschränkt zur Verfügung steht, wie durch Nachweise dem beurkundenden Notar belegt.

#### **Bestätigung**

Der beurkundende Notar bestätigt hiermit, dass er die Erfüllung der in den Artikeln 26, 26-3 und 26-5 des Gesetzes von 1915 vorgeschriebenen Bedingungen geprüft hat und stellt ausdrücklich fest, dass diese Bedingungen erfüllt sind.

#### **Kosten**

Die Ausgaben, Kosten, Honorare oder Gebühren jedweder Art, die durch die Gründung der Gesellschaft entstehen und von der Gesellschaft getragen werden, belaufen sich auf etwa zweitausendfünfhundert Euro (EUR 2.500.-).

#### **Gesellschafterversammlung**

Die vorstehend genannten Personen, die das gesamte Gesellschaftskapital der Gesellschaft vertreten und die Gesellschafterversammlung für wirksam einberufen befinden, haben unmittelbar eine Gesellschafterversammlung abgehalten. Nach Feststellung der wirksamen Einberufung der Gesellschafterversammlung hat die Gesellschafterversammlung die folgenden Beschlüsse einstimmig, einschließlich der Stimme des General Partners, gefasst:

1. Der Sitz der Gesellschaft lautet 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.
2. Ernst & Young, eine Aktiengesellschaft, mit Sitz in L-1855 Luxembourg, 35E, Avenue John F. Kennedy, eingetragen im luxemburgischen Gesellschafts- und Handelsregister unter der Nummer 47.771, wird zum unabhängigen Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft ernannt und die Ernennung endet am Tag der Jahreshauptversammlung, die einberufen wird, um den Jahresbericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr, das am 31. Dezember 2017 endet, zu beraten.

Die vorliegende Urkunde wurde in Luxemburg aufgenommen, am zu Beginn der Urkunde genannten Tag.

Die vorliegende Urkunde, die den erschienen Personen, welche dem Notar mit Namen, Vornamen, Familienstand und Wohnort bekannt sind, vorgelesen wurde, wurde von den erschienenen Personen zusammen mit dem Notar unterzeichnet.

-----  
(gez.) J. NÜNDEL, DELOSCH.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 1, le 14 décembre 2016

Relation : 1/LAC/2016/39768

Reçu soixante-quinze (75.-) euros

Le Receveur, (s): P.MOLLING

Für gleichlautende Ausfertigung, ausgestellt zwecks Veröffentlichung im  
RESA.

Luxemburg, den 18. Januar 2017

---